



metallzeitung

FÜR ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT | WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL

SEITE 6

**IG Metall ist für
Verbot der NPD**

LEBEN

SEITE 20

**Bewegung gegen
Rückenschmerzen**

ARBEIT

SEITE 24

**Tipps rund um den
Schutz von Daten**

BEZIRK

SEITE 28

**Warnstreikwelle
für Altersteilzeit**

Exklusiv für Mitglieder:
**IG METALL-
SOMMER-QUIZ**
Reise der GEW-Ferien
zu gewinnen



Endlich Urlaub!

THEMEN IM HEFT



Foto: »Dau wat« e.V. Rostock

Endlich Urlaub!

Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall setzen sich täglich für bessere Bedingungen am Arbeitsplatz ein. Die Gewerkschaften haben aber auch erreicht, dass es sechs Wochen Urlaub im Jahr gibt. Mehr als in den meisten anderen Ländern. Gekämpft wird aber auch für Urlaubsgeld. Unterstützt werden Feriencamps für Kinder von sozial Benachteiligten. Und außerdem gibt es als Service für Mitglieder verbilligte Reisen. **SEITE 10 BIS 13**

Titelfoto: Thinkstock



Foto: IG Metall

Leiharbeit-Truck ist weiter auf Tour

Keine Verbesserung für die Leiharbeiter brachte eine Einigung der EU-Arbeitsminister. Die IG Metall macht weiter Druck. **SEITE 5 UND 7**



Foto: Jan Mammey / STOCK48

Bewegung im Büro hilft

Immer mehr Menschen haben Probleme mit ihrem Rücken. Der Grund: zuviel sitzen, zu wenig Bewegung. **SEITE 20**



Foto: Jens Wolf/ picture-alliance

Betriebsrat wider Willen

Der Windanlagenbauer Enercon ist ein umweltschonendes Vorzeigeunternehmen. Wenn es um Gewerkschaftsrechte geht aber nicht. **SEITE 22**

Anzeige

IMPRESSUM**metallzeitung, die Mitglieder-Zeitung der IG Metall**

Herausgeber: Berthold Huber,
Detlef Wetzels, Bertin Eichler

Anschrift:
Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-66 93-26 33
Fax 0 69-66 93-2000

E-Mail:
metallzeitung@igmetall.de

Redaktionsleiterin:
Susanne Rohmund (verantwortlich
im Sinne des Presserechts)

Chefredakteurin:
Susanne Rohmund

Redaktion:
Fritz Arndt, Dirk Erb, Martina
Helmerich, Sylvia Koppelberg,
Fabienne Melzer, Antonela Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat:
Marion Brunsfeld
Internet:
www.igmetall.de

Anzeigen:
Patricia Schledz
Telefon 061 51-81 27-200,
Fax 0 61 51-89 30 98
E-Mail: schledz@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-66 93-22 24,
Fax 0 69-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metallzeitung erscheint monatlich
(zwölf Mal im Jahr). Für Mitglieder
der IG Metall ist der Bezug im
Beitrag enthalten. Das Papier,
auf dem die **metallzeitung** gedruckt
wird, besteht zu 70 Prozent aus
Altpapier und zu 30 Prozent
aus PEFC-zertifiziertem Holz, das
aus nachhaltiger Waldbewirt-
schaftung in Bayern und Baden-
Württemberg stammt.

Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte: Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: metallzeitung gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

GERECHTIGKEIT



Berthold Huber,
Erster Vorsitzender der
IG Metall, zur Armut in
Deutschland und der
Rolle unserer Tarifpolitik.

Foto: Gaby Gerster

Unsere Gesellschaft darf nicht zerfallen

Jedes sechste Kind wächst in Armut auf. Diese Zustände dürfen wir nicht akzeptieren. Wir müssen gegensteuern.

Jeder achte Bürger lebt in Armut. Das ist ein gesellschaftspolitischer Skandal mit dramatischen Folgen. Dramatisch für die Millionen, die arm sind. Dramatisch für die Volkswirtschaft, weil Massenarmut Gift für Binnen- nachfrage und sichere Arbeit ist. Und dramatisch, weil es die Äl- lerschwächsten am härtesten trifft: die Kinder.

Jedes sechste Kind in Deutschland wächst in Armut auf. Diese Zustände dürfen wir nicht akzeptieren. Wir müssen hier gegensteuern. Der Graben zwischen oben und unten darf nicht immer tiefer werden, sonst zerfällt unsere Gesellschaft.

Keine Lösung gegen diesen Missstand ist der billige Steuer- senkungs-Populismus, den Uni- on und Liberale betreiben. Vor allem die Christsozialen gebär- den sich vor den bayerischen Landtagswahlen als Anwälte für Arbeitnehmerinteressen. Aber von ihren unrealistischen Steuer- versprechen profitieren vor- rangig Besserverdienende. Genau andersherum ist es rich-

tig: Die Starken bei Einkommen und Vermögen müssen einen höheren Anteil an der Finanzie- rung des gesellschaftlichen Le- bens übernehmen. Es wäre notwendig, die Erbschaftssteuer zu erhöhen, die so genannte Rei- chensteuer zu verschärfen und die Vermögenssteuer wieder einzuführen.

Einen Beitrag zu mehr Gerechtig- keit kann auch unsere Tarifpoli- tik leisten. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen am wirtschaftlichen Fortschritt stär- ker beteiligt werden. Von diesem Ziel werden wir uns auch bei der kommenden Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie lei- ten lassen.

Wir werden faire Entgelterhö- hungen fordern und diese ge- meinsam durchsetzen.

Mehr Geld ins Portemonnaie – dafür vertrauen wir auf unsere eigene Kraft. Und nicht auf frag- würdige Steuerkonzepte, die Entlastung vorgaukeln und da- bei die Besserverdienenden be- vorzugen.

Beth. Huber

ALLES AUF EINEN BLICK

AKTUELL

- 4 **Alterssicherung**
Initiative öffnet die Diskussion um den Generationenvertrag.
- 5 **Steuerpolitik**
Pendlerpauschale soll künftig gerechter werden.
- 6 **Neo-Nazis**
Sachsen-Wahlen: IG Metall will NPD verbieten lassen.
- 7 **Umweltpolitik**
Impuls-Programm der Bundesregierung gefordert.
- 8 **Interview**
Thomas Klebe zum Bespitzelungsskandal.
- 9 **Ärger um Taschenrechner**
Metallerin setzt sich für Leihgeräte an Schule ein.

TITEL

- 10 **Endlich Urlaub – endlich weg**
Die IG Metall macht sich stark für Arbeit. Aber sie sorgt auch dafür, dass Mitglieder ihren Urlaub genießen können.

REPORTAGE

- 14 **Altersteilzeit**
Warnstreiks machen den Arbeitgebern Druck.

LEBEN

- 16 **Leserbriefe/Leserfoto**
- 17 **Porträt**
Zu Besuch bei Betriebsrätin Katharina von Hebel.

- 18 **Service für Mitglieder**
Altersvorsorge dank der Metallrente.
- 19 **Was mich beschäftigt ...**
Metaller Jürgen Wechsler über den SPD-Zukunftskonvent.
- 20 **Guter Rat**
Bewegung hilft gegen Rückenschmerzen.
- 21 **Rätsel**
Erster Preis: Fünf Nächte für zwei Personen auf Fehmarn.

ARBEIT

- 22 **Da geht was**
Die Firma Enercon wollte Betriebsräte verhindern.
- 23 **Die gute Idee**
Bei Hüppe sind Betriebsräte ganz einfach zu erkennen.
- 24 **Tipps für den Job**
Bespitzelungen beim Job? Keine Seltenheit.
- 25 **Besser mit Bildung**
Altern hautnah – ein Anzug macht es möglich.
- 25 **Auf dem Prüfstand**
Qualität des Chefs mit einer Checkliste prüfen.
- 26 **Arbeitsmarkt mal anders**
Soziologe Peter Bartelheimer über Arbeitsvermittlung.
- 27 **Von A bis Z – das Stichwort Arbeit.**

BEZIRK / LOKALES

- 28 **Aus den Bezirken**
- 30 **Lokales / Karikatur**



Foto: Joachim Röttgers / GBAFFIT

Bundesweite Warnstreiks in den Metallbetrieben

Bei Redaktionsschluss dauerten die Verhandlungen zur Altersteilzeit noch an. Die Beschäftigten machten mit Warnstreiks Druck. **SEITE 14 BIS 15**

ALTERSSICHERUNG

Initiative gegen Altersarmut

Angesichts drohender Altersarmut hat die IG Metall eine »Initiative Neuer Generationenvertrag« gestartet. Die Thesen sind Grundlage für eine breite Debatte. Mit dieser Initiative kritisiert sie die aktuelle Regierungspolitik und stellt die gesetzliche Rente auf eine solide Grundlage. Die Forderung: drohende Altersarmut vermeiden und den Lebensstandard Älterer sichern.

Dass die Reformen der vergangenen Jahre künftige Renten dramatisch absenken werden, ist unbestritten. So geht eine Modellrechnung der Bundesregierung davon aus, dass das Netto-Rentenniveau bis 2030 um rund zehn Prozentpunkte absacken wird, von heuer 53 auf 43 Prozent. In wenigen Jahren, schätzt der Paritätische Wohlfahrtsverband daher, wird jeder zehnte Rentner und jede zehnte Rentnerin arm sein. Bisher ist nur jeder vierzigste betroffen.

Zwar würde die eigenfinanzierte Privatvorsorge wieder und wieder als Alternative hochgehalten, kritisiert Hans-Jürgen Urban, Mitglied des geschäftsführenden IG Metall-Vorstands, die Berliner Politik. Aber »weder die betriebliche Altersversorgung noch die Modelle der Privatvorsorge wie etwa die Riester-Rente werden diese Sicherungslü-

cken schließen können«. Schließlich seien Versicherungen und Banken ebenfalls von Wachstumsproblemen und Massenarbeitslosigkeit betroffen, wie die internationale Bankenkrise gerade beweise. Anscheinend, argwöhnt Urban, ständen die Interessen von Versicherungen und Finanzmarktakteuren bei der von Berlin favorisierten privaten Vorsorge im Mittelpunkt.

Immerhin, die Rentenversicherungsbeiträge sind stabil. Aber was nutzt das den Beschäftigten, wenn sie zusätzlich Prämien an Versicherungen zahlen? »Der so oft zitierte Grundsatz der Beitragsstabilität«, kritisiert Urban, »gilt nur für die Arbeitgeber.«

Als Alternative hat die IG Metall jetzt ein »Fünf-Punkte-Programm« vorgelegt. An vorderster Stelle steht dabei der Aufbau einer »solidarischen Erwerbstätigenversicherung«, in die auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Parlamentarier schrittweise einbe-

zogen werden sollen. Die Hälfte des Beitrags sollen, wie auch derzeit, die Arbeitgeber übernehmen. Diese Erwerbstätigenversicherung soll die tragende Säule der Alterssicherung bilden, allerdings mit deutlich höheren Leistungen wie die aktuelle Rentenversicherung. Urban: »Die Renten müssen wieder an die allgemeine Einkommensentwicklung angekoppelt werden.« Dafür sollen die Beiträge für Langzeitarbeitslose erhöht und niedrige Beiträge von Geringverdienern aus Steuermitteln aufgebessert werden.

Zusätzlich sollen alle Beschäftigten in den Genuss von Betriebsrenten kommen. Damit dies möglich wird, sollen alle Arbeitgeber verpflichtet werden, Beschäftigten eine betriebliche Altersversorgung anzubieten. Bei organisatorischen Problemen sollen sie auch die Möglichkeit erhalten, sich an der Privatvorsorge Beschäftigter zu beteiligen.

Statt der »Rente mit 67« fordert die IG Metall flexible Ausstiegsmöglichkeiten »bis zum und vor dem vollendeten 65. Lebensjahr«. Und da »Armutsbiografien im Erwerbsleben« auch weiterhin Altersarmut bewirken können, gehört zum IG Metall-Konzept selbstverständlich auch die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen. Urban: »Sozialversicherte Beschäftigungsverhältnisse und faire Einkommen bleiben unverzichtbare Bestandteile bei der Armutsvermeidung im Alter.« ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

Statt Rente mit 67 fordert die IG Metall flexible Ausstiegsmöglichkeiten.

JEDER ACHTE IST ARM

Jeder achte Bundesbürger ist trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs arm, belegt der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, und weitere 13 Prozent werden nur durch Sozialleistungen vor dem Abrutschen in die Armut bewahrt. Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, warnte vor den Folgen dieses »gesellschaftspolitischen Skandals«. Immer mehr Menschen würden ausgegrenzt. Und die Angst vor Armut und Abstiegsängsten fördere Einstellungen, »die die Fundamente einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft untergraben«.





Foto: obs/ Aral Aktiengesellschaft

Die Benzinpreise steigen immer mehr. Die IG Metall fordert Entlastung.

Die Pendler entlasten

Die IG Metall will Pendler steuerlich entlasten. Beschäftigte in unteren und mittleren Lohngruppen sollen besonders profitieren.

Angesichts wachsender Benzinpreise fordert die IG Metall steuerliche Erleichterungen für Pendler. Das Steuerkonzept der IG Metall sieht ab dem ersten Entfernungskilometer zwischen Wohnung und Arbeitsplatz eine Zulage von 8,5 Cent vor. Sie soll von der Steuer-schuld abgezogen werden. »Auf diese Weise erhalten alle Pendler, unabhängig von der Progression, den gleichen Betrag«, begründet Wolfgang Rhode, Mitglied des geschäftsführenden IG Metall-Vor-

stands, das Konzept. Seine Kritik: Von der alten Pendlerpauschale profitierten die höheren Lohngruppen überproportional.

Das Ziel, mittlere und kleinere Einkommen zu entlasten, verfolgt die IG Metall auch mit ihrem Konzept der »Solidarischen Einfachsteuer«. Hohe Einkommen sollen stärker belastet werden. Rhode: »Unternehmen und Kapitaleinkünfte müssen größere Beiträge zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben leisten.« **fra**

MEHR INFOS ZUM THEMA

»Steuerlast gerecht verteilen«, in: Wirtschaft aktuell 06/2008.

Unter: ► www.igmetall.de/download

»Steuerhinterziehung: Kontrollen statt Moraldebatten«, in: Wirtschaft aktuell 08/2008. Unter: ► www.igmetall.de/download

Die Deutschen sind nicht arbeitssüchtig

Die Arbeitnehmer in Deutschland würden gern weniger arbeiten, am liebsten nur 34,5 Stunden in der Woche – fast drei Stunden weniger, als sie jetzt ran müssen. Das ist die Wunsch-Arbeitszeit, die Forscher des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung für den Durchschnittsbürger und die -bürgerin ermittelten.

Es gibt auch Menschen, die länger arbeiten möchten: zum Beispiel Teilzeitbeschäftigte, jüngere Männer, Singles und Berufstätige, die wenig verdienen.

Aber eine klare Mehrheit wünscht sich kürzere Arbeitszeiten. Es sind vor allem die, die jetzt sehr lange arbeiten und viele Überstunden schieben müssen und sich darum überlastet fühlen. Außerdem Frauen und Paare, die gern mehr Zeit für die Familie hätten. Menschen mit höheren Einkommen, die von mehr Freizeit träumen und es sich leisten könnten, dafür auch auf Einkommen zu verzichten. Und noch eine Gruppe möchte kürzer treten: ältere Arbeitnehmer. **syk**

Kein Fortschritt für Deutschland

Die EU-Arbeitsminister einigen sich bei Leiharbeit.

Nach jahrelangem Streit haben sich die Arbeitsminister der Europäischen Union (EU) auf europaweite Mindestvorschriften und gemeinsame Arbeitsbedingungen zur Leiharbeit geeinigt. Europa komme damit zwar sozial ein Stück voran. Für Deutschland bringe die Einigung der EU-Arbeitsminister allerdings keinen Fortschritt, kritisierte der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel.

So sollen Leiharbeiter in Europa zukünftig vom ersten Tag an die gleichen Rechte wie die Stammbesellschaft ihres Einsatzbetriebs haben. Allerdings kann in Tarifverträgen davon abgewichen werden. Hier können Entgelt- und Arbeitsbedingungen von Leiharbeitern geregelt werden. An der rechtlichen Situation in Deutschland ändern die neuen

Vorgaben aus Brüssel daher nichts. Deshalb bleibt das Thema Leiharbeit für Wetzel weiter auf der Tagesordnung.

Wetzel erinnert daran, dass die Forderung »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld« ein Menschenrecht ist. Im Spätsommer will die IG Metall im Rahmen ihrer Kampagne zur Leiharbeit eine Postkartenaktion zu diesem Menschenrecht starten.

Gleichzeitig läuft noch immer die Fair-Leih-Tour mit dem IG Metall-Truck zur Leiharbeit. Bereits 23 Stationen hat er inzwischen angefahren. Zahlreiche Leiharbeiter nutzen das Angebot der IG Metall, um sich über ihre Rechte zu informieren. Viele füllen auch noch vor Ort das Beitrittsformular aus. Die Tour läuft noch bis zum Herbst (Termine im Juli siehe Seite 7). **fam**

Beiträge werden angepasst

Auf die Tarifierhöhung folgt nun auch die Beitragserhöhung.

Der richtige Beitrag ist die Voraussetzung für die Erfolge der IG Metall. Im Juni erhöhten sich die Tarifentgelte in der Metall- und Elektroindustrie sowie bei Textil

und Bekleidung. Aus diesem Anlass passt auch die IG Metall die Beiträge gemäß Paragraph 5 der Satzung an. Der Beitrag beträgt ein Prozent vom Brutto. **who**

So verteilt sich der IG Metall-Beitrag (Angaben in Prozent)
Von einem Euro fließt der größte Anteil in die IG Metall vor Ort.

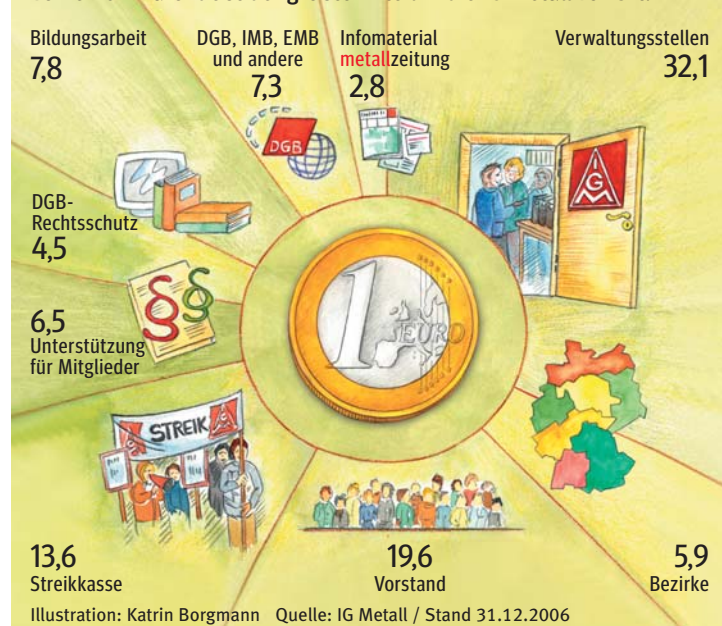


Illustration: Katrin Borgmann Quelle: IG Metall / Stand 31.12.2006



Foto: Marcus Fühner/picture-alliance

Zwei Tage lang: Anti-Nazi-Proteste in Bamberg Ende Mai.

NEO-NAZIS

IG Metall ist für ein Verbot der NPD

Während NPD-Funktionäre in der Bamberger Stadthalle ihren Bundesparteitag feierten, haben Sondereinheiten der Polizei anreisende Metaller schikaniert. Sie wollten gegen die NPD demonstrieren. Ein Verbot der Nazi-Partei ist überfällig.

Zwei Tage lang haben über 5000 Menschen gegen den NPD-Bundesparteitag in Bamberg Ende Mai demonstriert. »Die Stadt wollte den Saal verweigern, doch das Gericht hat der NPD recht gegeben«, erklärt Oliver Berner von der IG Metall Bamberg, der die Gegendemo mit organisiert hat – gemeinsam mit christlichen, jüdischen und muslimischen Gruppierungen.

Ein Bus vom IG Metall-Jugendcamp in Thalmässing wurde auf dem Weg zur Veranstaltung von einem Sonderkommando der Polizei abgefangen. Die etwa 30 IG Metall-Jugendlichen wurden von 55 Beamten durchsucht. »Das hat uns geschockt«, erzählt Samuel Futuwi vom IG Metall-Ressort Jugend. »Wir wurden fast eine Stunde lang durchsucht wie Schwerverbrecher, die Kollegen

mit Migrationshintergrund besonders hart.« Einen Grund dafür hätten die Beamten nicht genannt. Die jungen Metallerinnen und Metaller seien keineswegs wie Autonome gekleidet gewesen. Nach der Filzaktion wurde der Bus zu einem abgelegenen Stellplatz eskortiert, eine Demoteilnahme damit verhindert.

Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, hat die

Bundesregierung inzwischen aufgefordert, das Verbotverfahren gegen die NPD wieder aufzunehmen. Angesichts der Kommunalwahl-Ergebnisse in Sachsen müsse auch den »letzten Bedenkträgern« klar sein, dass es für die NPD keine Betätigungsmöglichkeiten geben dürfe. In Sachsen hat die NPD 5,1 Prozent der Stimmen erhalten und ist jetzt in allen Kreistagen vertreten. **de**



Foto: Arnd Wiegmann/Reuters

Studie: Ausländerfeindlichkeit weit verbreitet

Aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung bestätigt rechte Tendenzen in der »Mitte«.

»Defizite im demokratischen Verständnis weiter Teile der Bevölkerung« sowie »Ausländerfeindlichkeit als besonders ausgeprägte Dimension rechtsextremer Einstellungen« belegt die aktuelle Studie »Ein Blick in die Mitte«. Sie wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) erarbeitet. Die

Wahlkampf der NPD in Sachsen: Die Neo-Nazis sind überall.

FES hatte bereits vor zwei Jahren für Aufregung gesorgt. Damals hatte sie in einer Studie belegt, dass rechtsextreme Einstellungen in weiten Teilen der Bevölkerung zustimmungsfähig waren.

Die neue Studie der FES bestätigt dies. So wurde in zahlreichen Gruppengesprächen eine »deutliche Veränderung des Klimas« gegenüber Erwerbslosen und Benachteiligten registriert.

Das Bild vom armen Lebenskünstler sei dem des »unnützen Sozialschmarotzers« gewichen. In dieser Stimmungslage zähle nur noch ökonomische Rationalität. Andere Ziele gelten als »irrational«. Zwang gegenüber Abweichern sei daher legitim.

Die Autoren sehen dringenden Handlungsbedarf. Die Menschen müssten stärker eingebunden und besser aufgeklärt werden. **fra**

Stromfresser sollen raus

Damit sparsamere Haushaltsgeräte eingesetzt werden, fordert die IG Metall ein Impulsprogramm der Bundesregierung.

IG Metall und Betriebsräte der Hausgeräteindustrie setzen sich für mehr verbrauchsärmere Kühlschränke und Waschmaschinen in den Haushalten ein. Derzeit stehen dort fast 50 Millionen Geräte, die zehn Jahre und älter sind – und doppelt soviel Strom verbrauchen wie neuere mit dem Label »A++«. Würden die Oldies durch effizientere Produkte ersetzt, könnten jährlich sieben Milliarden Kilowattstunden Strom eingespart werden.

Da vermutlich der höhere Anschaffungspreis vom Kauf effizienterer Produkte abhält, hat die IG Metall bei Bundesumweltminister Siegmund Gabriel (SPD) ein »Impulsprogramm« angeregt. Es könnte Prämien für ausrangierte Hausgeräte oder Steuerersparnisse beim Kauf vorsehen. Zusätzlich plädieren IG Metall und Europäischer Metallgewerkschaftsbund (EMB) für ein anspruchsvolleres Energielabel – als Anreiz für noch effizientere Modelle.

Der Vertrieb Energie fressender Geräte mit dem Label »B« und »C« soll untersagt werden. »Das wäre im Sinne unserer gemeinsamen Anstrengung, der globalen Erwärmung mit Hilfe innovativer Produkte gegenzusteuern«, betonten Helga Schwitzer und Wolfgang Rhode, Mitglieder des geschäftsführenden IG Metall-Vorstands, in einem Brief an Gabriel. **fra**

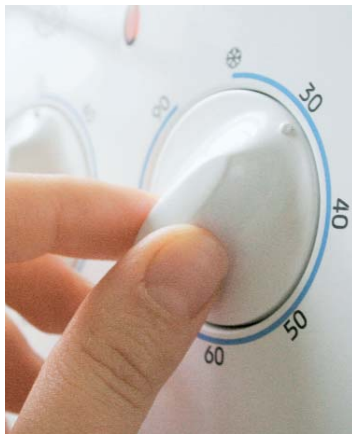


Foto: AP/PIX | BIS

IG Metall fordert mehr verbrauchsärmere Waschmaschinen.

Sind Sie faul? Nehmen Sie Kokain?

Was Südwestmetall per Fragebogen von Azubis so alles wissen will.

Sind Sie faul? Mal straffällig gewesen? Nehmen Sie Kokain? Hängen Sie in der Freizeit gerne ab? Wer will das alles wissen? Die Metallarbeitgeber Baden-Württembergs.

Im Mai hatte Südwestmetall einen Fragebogen an die Ausbildungsleitungen seiner Mitgliedsbetriebe verschickt. Der sorgt nun bei Betriebsräten, Azubis und auch in den Personalabteilungen für Aufregung: Die wurden teils unvorbereitet damit konfrontiert. Auf 39 Fragen sollen Azubis Auskunft geben. Solche wie oben beschrieben oder wie diese: Besuchen Sie Kirchen oder Moscheen? Wieviel Geld haben Sie im Monat?

Südwestmetall begründet den Fragebogen mit wissenschaftlichen Absichten. Die Wirksamkeit der Ausbildungsinitiative »Start 2000 Plus« solle überprüft, die Be-

deutung nicht-kognitiver Kompetenzen wie Motivation oder Lernbereitschaft untersucht werden.

Die IG Metall Baden-Württemberg hat die Betriebsräte aufgefordert, Befragungen zu verhindern, die Fragebögen einzusammeln und zu vernichten. Tiefgehende persönliche Fragen würden da gestellt und in das Persönlichkeitsrecht eingegriffen. »Im Betriebskursierende Fragebögen solcher Art unterliegen der Mitbestimmung«, sagt Jugendsekretär Christian Friedrich – Südwestmetall bestreitet das. In vielen Betrieben wie etwa bei Grohe in Lahr oder bei Epcos Heidenheim wurde bereits gehandelt. Bei Epcos hat auch die Personalabteilung Abstand davon genommen und versichert, dass diese Fragebögen nicht verwendet werden würden. **uli**

WERBER DES MONATS



Foto: Thomas Range

Susanne Hausherr setzt sich ein, um Leiharbeiter zu erreichen.

Auch Angestellte überzeugen

Bei DEW in Witten wirbt und betreut Betriebsrätin Hausherr vor allem Leiharbeitnehmer, die im Angestelltenbereich tätig sind.

»Bei den Angestellten muss ich immer besonders überzeugend sein«, sagt Betriebsrätin Susanne Hausherr. Sie arbeitet als Bilanzbuchhalterin beim Deutschen Edelstahlwerk (DEW) in Witten und hat diesen Monat zwei Leiharbeitnehmer geworben. 2002 wurde Hausherr in den Betriebsrat gewählt und 2006 erneut bestätigt. Seit dem erledigt die nicht freigestellte Betriebsrätin die Bilanzbuchhaltung aus dem Betriebsratsbüro. »Jeder, der bei uns anfängt, kommt also quasi an meinem Tisch vorbei.«

Klar, dass Hausherr mit einem IG Metall-Aufnahmeantrag Ge-

wehr bei Fuß steht. Eine Mitgliedschaft in der IG Metall ist für die rund 1600 Beschäftigten eine Selbstverständlichkeit. Etwa 98 Prozent sind organisiert, rund 220 sind Leiharbeitnehmer. Sie wissen, dass sich die IG Metall-Betriebsräte für alle Leiharbeiter stark machen und sich dafür einsetzen, dass sie eine Festanstellung erhalten. So wurden 2007 und 2008 je 70 Leiharbeitnehmer übernommen, darunter auch fünf im Angestelltenbereich. »Wer von den guten Tarifabschlüssen der IG Metall profitieren will, hat in dieser auch Mitglied zu sein«, sagt die 45-Jährige nachdrücklich. **ap**

DIE NÄCHSTEN STATIONEN

Am 1. Juli geht's in Hannover weiter

- | | |
|--------------------------------|----------------------------|
| → 1. Juli: Hannover | → 23. Juli: Schweinfurt |
| → 2. Juli: Halberstadt | → 24. Juli: Aschaffenburg |
| → 3. Juli: Erlangen | → 25. bis 26. Juli: Amberg |
| → 4. bis 5. Juli: Regensburg | |
| → 7. Juli: Ludwigsburg | |
| → 8. Juli: Pforzheim | |
| → 9. Juli: Vill.-Schwenningen | |
| → 10. Juli: Gaggau | |
| → 11. bis 12. Juli: Karlsruhe | |
| → 18. Juli: Schwäbisch Hall | |
| → 21. bis 22. Juli: Ingolstadt | |



Wettbewerb gegen Rechts

Der Verein »Mach meinen Kumpel nicht an!« engagiert sich seit über 20 Jahren gegen Rassismus und tritt für gleiche Rechte für alle ein. Bereits zum vierten Mal schreibt der Verein den Wettbewerb »Die Gelbe Hand aus«. Berufsschüler, Beschäftigte aus Betrieben und Verwaltungen sowie alle Gewerkschaftsmitglieder können Beiträge gegen Ausgrenzung, Rassismus und für Gleichberechtigung in der Arbeitswelt einreichen. Zu gewinnen sind Sach- und Geldpreise. Mehr Infos unter: ► www.gelbehand.de/wettbewerb

Europa des Kapitals?

Als »unverständlich« kritisiert Berthold Huber, dass die EU-Kommission gegen das neue VW-Gesetz der Bundesregierung vorgehen will. Berlin will das Vetorecht des Landes Niedersachsen bei wichtigen Entscheidungen – wie Betriebsschließungen – erhalten. Die EU-Kommission sieht darin den »freien Kapitalverkehr« behindert. Dies sehen Bundesregierung und IG Metall anders. Die EU-Kommission, sagt Huber, muss sich fragen, ob sie kurz vor den EU-Wahlen ein Bild von Europa prägen wolle, dass einseitig von Kapitalbelangen gekennzeichnet ist.

NRW nicht für »fair«

Das Land Nordrhein-Westfalen will sich offenbar nicht festlegen, nur noch Produkte zu beschaffen, die unter fairen Bedingungen hergestellt wurden. Das teilte die **Kampagne für Saubere Kleidung** mit. Danach haben die Regierungsparteien einen Antrag der Grünen abgelehnt, künftig keine Produkte mehr aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu beschaffen. Nach Angaben der Kampagne ist NRW das erste Bundesland, das einen solchen Antrag ablehnt. Bayern, Bremen, Hamburg, Saarland, Sachsen und Niedersachsen haben Beschlüsse dazu gefasst. In Berlin und Baden-Württemberg wird demnächst darüber beraten.

INTERVIEW

»Ich lasse mich nicht von Kriminellen verunsichern«

Die Telekom soll ihre Aufsichtsräte überwacht haben, und auch bei Post und Lufthansa gab es anscheinend Fälle von Datenmissbrauch. Thomas Klebe, Leiter des Justitiariats der IG Metall, sieht darin mehr als bedauerliche Einzelfälle.

metallzeitung: Telekom, Post, Lufthansa – bedauerliche Einzelfälle oder nur die Spitze des Eisbergs?

Thomas Klebe: Inzwischen denke ich schon, dass es sich um einen ziemlichen Sumpf handelt. Viele Verantwortliche haben anscheinend jedes Rechtsgefühl verloren. Wenn man sich etwa die Argumente der Lufthansa anschaut, sie hätte ja nur Flugdaten ausgewertet, das sei völlig legal, dann fehlen mir die Worte. Flugdaten sind dazu da, um Passagiere zu befördern, und nicht, um Aufsichtsratsmitglieder zu verfolgen. Wenn man dann noch die Bestechungsskandale der letzten Jahre nimmt, gewinnt man schon den Eindruck: Einige Unternehmen meinen, dass Regeln und Gesetze für sie nicht gelten.

metallzeitung: Warum nehmen Unternehmen den Datenschutz nicht ernst?

Klebe: Die Sensibilität für das Thema ist zurückgegangen. Anfang der 80er Jahre bewegte es die ganze Gesellschaft. Es gab den Widerstand gegen die Volkszählung. In dieser Zeit haben wir auch in den Betrieben jede Menge gemacht. Wir haben in Betriebsvereinbarungen restriktiv geregelt, welche Daten für welchen Zweck wie lange gespeichert werden dürfen. Heute ist Datenschutz zu sehr ein Thema für Experten, in der Gesellschaft und auch in Betriebsräten.

metallzeitung: Wie kam das?

Klebe: Es gibt einen gewissen Gewöhnungseffekt. Viele geben heute bereitwillig ihre Daten preis, im Internet oder beim Ein-

kaufen. Es gibt auch keine Begrenzung der Datenmengen mehr, sie sind weltweit verfügbar und werden teilweise auch in Länder ohne wirklichen Datenschutz geschoben. Das macht Datenschutz viel schwieriger.

metallzeitung: Geht der Staat nicht mit schlechtem Beispiel voran? Wenn er alles über seine Bürger wissen will, warum sollten nicht auch Unternehmen alles über ihre Beschäftigten oder Aufsichtsräte wissen?

ZUR PERSON

Thomas Klebe (59) leitet seit Anfang des Jahres das Justitiariat beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt. Davor war er Leiter des Funktionsbereichs Betriebs- und Mitbestimmungspolitik. Dieser Bereich betreut auch die Aufsichtsräte der IG Metall. Klebe selbst ist Mitglied im Aufsichtsrat des Autoherstellers Daimler.



Foto: IG Metall

Die Telekom-Affäre ist für Thomas Klebe kein Grund, in Panik zu verfallen.

Leihrechner statt Loch im Geldbeutel

Für einen Taschenrechner mussten die Schülerinnen und Schüler eines zweijährigen Gymnasiums in Karlsruhe 145 Euro zahlen. Dank der IG Metall haben sie ihr Geld nun zurückbekommen.

Die Schülerinnen und Schüler der Carl-Engler-Schule in Karlsruhe staunten nicht schlecht über eine Rechnung, die ihnen ihre Schule präsentierte. 145 Euro sollten sie zahlen für einen Taschenrechner, der laut Lehrplan für den Unterricht und die Abiturprüfung unbedingt notwendig sei. Viel Geld, wenn man von 500 Euro Schüler-Bafög im Monat lebt.

Doch damit wollte sich IG Metallerin Sabine Mann nicht abfinden. »Was ist denn mit Lehrmittelfreiheit«, fragte sich die Industriemechanikerin, die seit letztem Jahr wieder die Schulbank drückt und ihr Abitur nachholt, und ging zur IG Metall. Für Christian Velsink von der Verwaltungsstelle in Karlsruhe war die Sache klar: »Die Schule darf den Eigenanteil nicht verlangen.«

Mit dieser Auskunft ging Sabine Mann zur Schulleitung. Dort biss sie jedoch auf Granit. Inzwischen stand die erste Matheklausur an. »Es hieß, wer den Taschenrechner nicht kauft, kann nicht mitschreiben«, erzählt Christian. Der IG Metall-Mann riet Sabine und ihren Mitschülern, den Taschenrech-



Foto: Gustavo Alabiso

Ärger um einen Taschenrechner. Christian Velsink von der IG Metall in Karlsruhe und Schülerin Sabine Mann setzten sich für Leihrechner ein.

ner nur gegen eine Vorbehaltserklärung zu kaufen. Parallel schrieb er den Schulleiter an und klärte, ob die IG Metall den Schülern Rechtsschutz gewähren kann.

Nach mehreren Gesprächen mit Schulleitung und Stadt bekam IG Metall Velsink Ende Februar schließlich Post vom Schulleiter. Die Taschenrechner werden den Schülern leihweise

zur Verfügung gestellt und die gezahlten 145 Euro erstattet, schrieb er der IG Metall. Mitte Juni bekamen Sabine Mann und ihre Mitschüler schließlich ihr Geld zurück. »Was die IG Metall für uns erreicht hat, fanden alle ziemlich klasse«, sagt Sabine. Einige Mitschüler und Mitschülerinnen hat diese Aktion von der Gewerkschaft überzeugt. Sie sind inzwischen Mitglied. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

PFLAUME DES MONATS

Wir wollen unser altes Postamt wiederhaben

Die grausamste Nachricht kam in dieser Woche von der Post. Sie will ihr Filialnetz nun komplett an sogenannte Postpartner verkaufen. In Zukunft sollen wir unsere Päckchen und Briefe in Supermärkten, Tankstellen, Bäckereien oder Büdchen aufgeben. Da brechen grausame Zeiten an. Wie werden wir die Schlangen vor den gelb-blauen Schaltern vermissen. Die Stunden, die wir uns die Beine in den Bauch gestanden haben, und unsere Päckchen vor dem strömenden Regen geschützt haben, in dem wir mal wieder standen, weil

die Schlange bis vors Reisebüro um die Ecke reichte. Fehlen wird uns auch der wunderbare Anblick der gelben Regale im Drahtkorb-Design. Die Ästhetik der ungezählten braunen Briefumschläge in allen Größen. Die Zukunft sieht düster aus. Demnächst werden wir beim Bäcker bestellen: »Fünf Brötchen und das Einschreiben von der Staatsanwaltschaft, bitte.« Und der Metzger fragt uns, wenn wir Geld von unserem Postspargbuch abheben wollen: »Geschnitten oder am Stück?«





Foto: „Dau wat“ e.V. Rostock

FREIE ZEIT MIT DER IG METALL

Endlich weg!

Sommerzeit – Urlaubszeit. Koffer packen und rein ins Auto. In die Bahn oder ins Flugzeug, in den Garten oder auf den Balkon. So, wie's gefällt. Hauptsache: Mal weg von der Arbeit. Zeit für die Familie haben, für Hobbys, Freunde oder einfach nur zum Faulenzen. Sechs Wochen bezahlter Urlaub und zusätzlich Urlaubsgeld, das ist für viele Menschen heute selbstverständlich. Dabei gibt es das noch gar nicht so lange. Noch vor dem Ersten Weltkrieg hatten Arbeiter gar keinen Anspruch auf

Urlaub. Erst in den sechziger Jahren kam ein Gesetz, dass ihnen drei Wochen freie Zeit zubilligte. Schon davon können Menschen in anderen Ländern, auch heute noch, nur träumen. Zum Beispiel in den USA, wo viele Arbeitnehmer schon froh sind, wenn sie zwei Wochen – unbezahlt – frei machen können. Dass es in Deutschland seit fast 30 Jahren für viele soviel besser aussieht – das haben die Gewerkschaften gemeinsam mit den Beschäftigten erkämpft.

Wenn der Meeresgott im Kinderland auftaucht

Ende Juli werden in Rostock, Schwerin und Stralsund 35 Kinder ins Ferienlager nach Gallenthien in Mecklenburg starten. Sie sind zwischen acht und 13 Jahre alt und kommen alle aus sozial benachteiligten Familien. Für den siebentägigen Aufenthalt brauchen sie nur 40 Euro zu bezahlen. Das restliche Geld organisiert die Gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiative »Dau Wat«. Sie sucht das ganze Jahr über Sponsoren und sammelt Spenden ein. Bei Betriebsräten in Firmen in Mecklenburg-Vorpommern etwa, bei der Rostocker Straßenbahn und jetzt wieder auf der IG Metall-Bezirkskonferenz. Diesmal haben die Metallerinnen und Metaller genau 1533,96 Euro gespendet. Und Rostocks Dau-Wat-Leiterin Doris Lams freut sich wie ein Kind. »Wir wollen Kindern Ferien ermöglichen, die sich das von zu Hause aus nicht leisten können«, beschreibt sie das Ziel des Projekts.

Das bedeutet allerdings nicht, dass das Ferienlager »billig« ist. »Die Kinder sollen viel Spaß haben und ihre Ferien richtig genießen können«, sagt Lams. Diesmal geht es in »Ulis Kin-

derland« am Schweriner See. Vier qualifizierte Betreuer, alle mit »Juleika« (Jugendleiterkarte) und Rettungsschwimmer-Lizenz, werden die jungen Urlauber begleiten und einen kindergerechten Aufenthalt ermöglichen.

Höhepunkt wird das berühmte Neptun-Fest sein, wenn der Meeresgott aus dem Schweriner See auftaucht, begleitet von Nixen. Kaum an Land, werden sie sich einzelne Kinder für die Taufe ausgucken. Die Unglücklichen werden dann in Tomatenpampe getaucht, mit Sahne rasiert und in den See geworfen. »Aber erst einmal müssen sie die Kinder fangen«, sagt Lams lachend. »Das wird sicher nicht einfach.«

Seit 1994 bietet »Dau Wat« solche Ferienlager an. Und regelmäßig fließen beim Abschied Tränen. Sicher ist auch, dass für nächstes Jahr wieder viele Anmeldungen eingehen. »Leider können nicht alle mit, die sich anmelden«, bedauert Lams. »Aber wir versuchen, möglichst gerecht zu sein.« Klar, dass Kinder von Gewerkschaftsmitgliedern bevorzugt werden. ■



Foto: »Dau wat« e.V. Rostock



Foto: »Dau wat« e.V. Schwerin

Meeresgott Neptun ist jedes Jahr der Höhepunkt im Ferienlager der Arbeitsloseninitiative »Dau wat«.

Mit den Kindern baden und paddeln

Sieglinde Seifert fährt mit ihrer Familie dieses Jahr in den Urlaub. Zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder. Seit zwei Jahren arbeitet sie beim Maschinenhersteller Schiess in Aschersleben in Sachsen-Anhalt. Davor war die Industriekauffrau und Mutter von vier Kindern bei verschiedenen Firmen. »Ich habe genommen, was kam. Zeitweise habe ich auf 400-Euro-Basis bis zu zehn Stunden am Tag gearbeitet«, erinnert sie sich. »Es hieß: Wenn es dir nicht passt ... Es warten noch genug andere auf Arbeit.« Urlaubsgeld gab es dort natürlich nie.

Und auch ihr Mann Frank, der seit vielen Jahren bei Schiess als IT-Administrator arbeitet, bekam lange kein Urlaubsgeld. Denn die Firma war insolvent, baute massiv Personal ab – und ging raus aus der Tarifbindung. »Ohne Urlaubsgeld, mit vier Kindern – da war jahrelang nur Urlaub im Garten drin«, berichtet

Sieglinde Seifert. Vor zwei Jahren kam die Wende: Ein Investor stieg bei Schiess ein. Sieglinde Seifert bekam einen Arbeitsplatz im Unternehmen.

Dank hartem Tauziehen und einer gut organisierten Belegschaft im Rücken, handelte die IG Metall einen neuen Tarifvertrag aus, der Schiess wieder in den Flächentarif zurückholt. Seitdem gibt es endlich wieder Urlaubsgeld. Jetzt fährt die ganze Familie in einen Freizeitpark an der Müritz: Die Sechsen wollen baden, Fahrrad fahren und mit dem Kanu paddeln. ■

Ohne Urlaubsgeld und mit vier Kindern – da war für Sieglinde Seifert jahrelang keine Reise drin. Seit diesem Jahr gibt es wieder Urlaubsgeld und eine Reise.



Foto: Stefan

Sechs Wochen am Stück individuelles Ferienglück

»Wenn ich meine Verwandten in der Türkei besuche, bin ich sechs bis sieben Wochen unterwegs. Sonst lohnt sich das ja nicht.« Orhan Aldemir macht sich ab und zu im Sommer auf die lange Reise in die Gegend von Mersin am östlichen Mittelmeer. Von dort ist es nicht mehr weit bis Syrien und allein die Fahrt mit dem Auto dauert fast eine Woche: drei Tage hin, drei Tage zurück. Zurück heißt: ganz in den Norden Deutschlands, nach Kiel, denn dort lebt er. Und arbeitet er – bei den Howaldtswerken (HDW). »Die jungen Migranten fahren wie jeder deutsche Kollege kreuz und quer durch die Welt. Dass ganze Kolonnen wie in den siebziger und achtziger Jahren in die alte Heimat fahren, das ist heute nicht mehr so«, sagt Manfred Holub, Betriebsrat bei HDW. Aber Orhan Aldemir ist nicht einer von den ganz Jungen. Er wird diesen Sommer 61 und gehört einer Generation an, die noch engere Bindungen an das Land der Vorfahren hat. Und die darum gern mal einen langen Urlaub am Stück hat.

Nach dem Gesetz stehen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern 24 Werktage Urlaub im Jahr zu. Bei der Entscheidung darüber, wann der Urlaub genommen wird, müssen die Wünsche der Arbeitnehmer berücksichtigt werden. Es sein denn, dem stehen »dringende betriebliche Belange« entgegen. Oder die Wünsche anderer Kollegen, die aus sozialen Gründen Vorrang haben. Das steht im Bundesurlaubsgesetz. Ein Teil des Urlaubs muss »mindestens zwölf aufeinanderfolgende Werktage umfassen«. Wer länger en bloc wegbleiben will, muss das im Betrieb aushandeln.

Die Betriebsräte bei HDW haben eine Vereinbarung durchgesetzt, nach der während der Schulferien ein Drittel einer Abteilung oder Werkstatt in Urlaub sein kann. Guthaben auf Arbeitszeitkonten können auch noch an den Urlaub dran gehängt werden. Wer das allerdings in der Hauptferienzeit zu längerer Abwesenheit nutzen will, für den kann

es schon mal Probleme geben. Weil dann fast alle gehen wollen. Zumindest die, die schulpflichtige Kinder haben. Doch in den anderen Monaten »ist es überhaupt kein Thema, länger Urlaub zu nehmen«, sagt Betriebsrat Holub.

Johann Ammer muss nicht weit reisen, um an seinen Urlaubsort zu kommen. Denn der ist nur fünf Kilometer von dem Betrieb entfernt, in dem er sein Geld verdient. »Ich mache Urlaub auf dem Bauernhof«, sagt er. Es ist sein eigener. Ammer ist Nebenerwerbslandwirt, wie viele seiner Kollegen, die mit ihm im BMW-Werk in Dingolfing in Niederbayern arbeiten. Nach der Frühschicht geht es auf die Felder. Im Juli, August und im Herbst, wenn der Mais soweit ist, braucht er mehr Zeit für die Landwirtschaft als sonst, weil er dann dreschen muss. »Ich hab dafür auch schon mal sechs Wochen Urlaub am Stück genommen«, berichtet er. Wenn es betrieblich machbar war.

Es gibt viele Gründe, warum jemand mal länger Urlaub machen will: Der eine will eine lange Reise machen, der andere ein Haus bauen oder die Wohnung renovieren, der nächste hat einen großen Garten. Oder, wie Johann Ammer, einen Hof. Sechs Wochen im Jahr stehen ihm zu. Dank der Tarifverträge der IG Metall. Bald ist es Zeit, einen Teil der Ernte einzufahren. ■



Foto: Privat

Es viele Gründe, warum manche einen längeren Urlaub machen wollen. Für das Ehepaar Aldemir (oben) ist es die Reise in der Türkei. Für BMW-Arbeiter Johann Ammer (rechts) sein Bauernhof.



Foto: Fotostudio Barbara Deifel



Foto: Privat



Foto: Privat

Urlaub ist die schönste Zeit im Jahr. Und die verbrachten Roland und Corinna Moser mit Julian und Lisa diesmal nahe dem Bodensee.

Grillabend in der Westernstadt

Natürlich kann man im Allgäu auch wandern. Wenn es einem denn Spaß macht. Aber Roland Moser würde sich selbst nicht zu den Wanderfreunden zählen. Und das war auch nicht der Grund, warum es den Metaller mit seiner Familie in diesem Urlaub nach Maierhöfen im Allgäu zog. »Wir wollten schon immer mal zum Bodensee«, sagt Roland Moser, der bei Audi arbeitet. Also ging es für ihn, seine Frau Corinna und die Kinder Lisa (6) und Julian (3) im Juni für eine Woche mit dem Gemeinnützigen Erholungswerk (GEW) ins Allgäu. Von dort aus war der Bodensee nicht mehr weit. 35 Kilometer bis Lindau und zur Insel Mainau.

Auf die Idee hatte Roland Moser sein Onkel gebracht, der selbst schon mit dem gewerkschaftlichen Ferienanbieter verreiste. Das

GEW bietet Gewerkschaftsmitgliedern günstige Reisemöglichkeiten an. In Deutschland können urlaubsreife Menschen zwischen verschiedensten Zielen wählen. Von Sylt bis zum Allgäu ist fast alles drin. Auch in Frankreich, Italien und auf der kroatischen Halbinsel Istrien können Unterkünfte über das GEW gebucht werden. Dabei bietet das Erholungswerk neben der Unterkunft in Hotels, Bungalows und Ferienwohnungen immer wieder auch ein interessantes Programm vor Ort an.

Bei den Mosers hieß das Wochenprogramm: »Do schau her.« Da wurde vor allem für Julian und Lisa einiges geboten. Ein Ausflug ins Ravensburger Spielaland gehörte genauso zur Woche im Allgäu wie ein Grillabend in der Westernstadt. Die Familie

unternahm einen Ausflug zum Bodensee und machte gleich noch einen Abstecher nach Bregenz in Österreich. »Eine rundherum gelungene Woche«, schwärmt Roland Moser. Selbst das Wetter meinte es mit den Ingolstädtern gut. »Es gab zwar immer mal wieder Gewitter. Aber wir hatten keinen Tag, an dem nicht auch die Sonne schien.« Und wenn es gar zu sehr schüttete, ging die Familie ins Hallenbad, das zur Ferienanlage in Maierhöfen dazu gehört.

Im nächsten Jahr würde Roland Moser gerne wieder mit dem GEW verreisen. »Wenn wir eine Unterkunft dort bekommen, machen wir es auf jeden Fall.« Nur ein anderes Ziel wünschen sich die vier Mosers für den nächsten Sommer. »Vielleicht probieren wir ja mal das Meer aus.« ■

1. In welchem Jahr wurde in der Metallindustrie der Tarifvertrag über mehr Urlaub durch die Nichtanrechnung des arbeitsfreien Samstags geschlossen?

- a) 1967 b) 1970 c) 1983

2. Welches Gesetz regelt den Urlaub?

- a) Sozialgesetzbuch b) Bundesurlaubsgesetz c) Betäubungsmittelgesetz

3. Wie wird der gesetzliche Urlaub berechnet?

- a) Werktagen b) Arbeitstagen c) Sonn- und Feiertagen

4. Wie lang ist der gesetzliche Mindesturlaub für Arbeitnehmer mit einer Vier-Tage-Woche?

- a) 16 Arbeitstage b) 20 Arbeitstage c) 30 Arbeitstage

5. In welchem Jahr wurde der Stufenplan über die Verlängerung des Urlaubs auf 30 Tage für alle umgesetzt?

- a) 1978 b) 1979 c) 1980

6. Seit 1995 gibt es auch für die Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern 50 Prozent Urlaubsgeld und 30 Tage Urlaub ab 1996. In welchem Jahr schloss die IG Metall diesen Tarifvertrag?

- a) 1989 b) 1990 c) 1991

**Exklusiv für Mitglieder:
IG METALL-
SOMMER-QUIZ
Reise der GEW-Ferien
zu gewinnen!**

Die Antworten bis 18. Juli 2008 an:
Redaktion **metallzeitung**
Stichwort »Sommer-Quiz«
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt
Der Gewinn: Ein Wochenende für
zwei Personen im Ferienhotel des
Gemeinnützigen Erholungswerks
(GEW) »St Andreasberg«^{***}/Harz.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

TARIFRUNDE ZUR ALTERSTEILZEIT

Starkes Band der Generationen

Enttäuscht darüber, was die Arbeitgeber in den ersten Verhandlungsrunden boten, machten schon in der ersten Warnstreikwelle bis Mitte Juni mehr als 200 000 Beschäftigte bei Aktionen mit, auch viele Junge. Die Arbeitgeber versteiften sich darauf, dass künftig nur noch ein verschwindend geringer Teil der Beschäftigten in Altersteilzeit gehen können

soll: nur besonders Belastete, die über 20 Jahre in ihrem Betrieb sind und zwölf Jahre in Dauernachtschicht oder Wechselschicht gearbeitet haben – insgesamt höchstens zwei Prozent der Belegschaft. An den Kosten sollten sich alle Beschäftigten beteiligen. IG Metall-Verhandlungsführer Jörg Hofmann nannte das »skandalös« und »eine Zumutung«.



Foto: Joachim Röttgers/ GRAFFITI

FLAMMENDE APPELLE

Mit brennenden Fackeln demonstrierten Beschäftigte bei Bosch. Mit Stihl-Sägen warnten Jugendliche in Böblingen die Arbeitgeber, nicht an der Altersteilzeit zu sägen. Anfang Juni waren fast 100 000 Menschen allein in Baden-Württemberg auf den Beinen, wo Jörg Hofmann (Foto unten) zäh mit den Arbeitgebern verhandelte.



Foto: Marjan Murat/ picture-alliance



Foto: IG Metall

Foto: IG Metall



NEUE ALTERSTEILZEIT JETZT

Im Sommer sollen neue Teilzeitregelungen fertig sein. Schon in der ersten Warnstreikwoche gab es außerhalb von Baden-Württemberg auch in Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Thüringen, an der Küste und in NRW erste Protestaktionen – ein Warmlaufen für die zweite, bundesweite Welle, die am 16. Juni startete.



Foto: IG Metall

Foto: Wilbert Gregor



Foto: Manfred Vollmer

TAUSENDE MACHTEN MIT

Bei Redaktionsschluss der **metallzeitung** gab es noch kein Verhandlungsergebnis. Doch ob die Beschäftigten bei Daimler in Düsseldorf oder bei Pierburg in Neuss: Metallerrinnen und Metaller erhöhten kräftig den Druck auf die unbeweglichen Arbeitgeber. Diesen Erfolg können sie sich auf ihre Fahnen schreiben.



Foto: Walter Schmidt / NOVUM



Foto: IG Metall

AUCH JUNGE FÜR ALTERSTEILZEIT

Junge Arbeiter und Angestellte von Miele in Lehrte bildeten gemeinsam mit ihren älteren Kollegen und den mittleren Jahrgängen ein 300 Menschen starkes »Band der Generationen«. Sie wollten zeigen, dass Altersteilzeit alle etwas angeht: Wenn Ältere Arbeitsplätze freimachen, müssen die Firmen mehr junge Leute einstellen.

DER LESER HAT DAS WORT

Nur mit Übergang

metallzeitung 5/2008, Aktuell,
»Tarifrunde Altersteilzeit«
 »Mit großem Interesse habe ich euren Bericht zur Altersteilzeit gelesen. Wenn es nicht möglich ist, die Politik von der alten Regelung (auch über 2009 hinaus) zu überzeu- gen, sollte es für die Jahrgänge 1955 bis 1963 wenigstens die gleichen Übergangsregelungen wie bei der Rente mit 67 geben. Und Schwerbehinderte – die ja zwei Jahre früher in Rente gehen dürfen – sollten weiterhin ab dem 55. Lebensjahr die Altersteilzeit in Anspruch nehmen dürfen.«
Joachim Doebling, Wiesbaden

Großes Lob

metallzeitung 5/2008, Reportage, »Adidas – Weniger für Aktionäre«
 »Ein großes Lob für den Artikel über die Hauptversammlung von Adidas. Es ist erschreckend, wie Menschen ausgebeutet werden.«
Günter Wieser, per E-Mail

»Bereits im Dezember 2006 berichtete der Deutschlandfunk darüber, mit welchen miesen Methoden die Firmen Adidas und Nike die Arbeiter in den Ländern Südostasiens ausbeuten. Dies geht bis zum geduldeten Mord an Gewerkschaftern.«
Lutz Holland, Köln

Unerfüllte Hoffnungen

metallzeitung 5/2008, Leben,
»Die IG Metall unterstützt auch im Todesfall«
 »Mit Interesse habe ich den Beitrag zur Unterstützung im Todesfall gelesen. Der Artikel weckt allerdings Hoffnungen, die sicher nicht erfüllt werden. Mir ist bekannt, dass Zahlungen für Hinterbliebene von IG Metall-Rentnern vielfach bis etwa 173 Euro erfolgt sind. Darum bezweifle ich es, dass immer die letzten zwölf Beiträge während der Arbeit zugrunde gelegt werden. Die genannten Beispiele werden zutreffend sein, wenn bis zur Rente gearbeitet werden konnte. Liegt zwischen der letzten Arbeit und dem Todestag ein langer Abschnitt von Jahren – beispielsweise wegen Ar-

beitslosigkeit – werden die im Beitrag genannten hohen Berechnungen nicht erreicht.«
Frank Große, Wohnbereichsvertrauensmann in Zittau

Tolle Leistung

metallzeitung 5/2008, Arbeit,
»Schüler lernen wie in einer richtigen Metall-Werkstatt«
 »Ich bin in der Metallausbildung tätig und finde es wirklich brillant, was der Kollege Thomas mit seiner Praxisstation leistet. Meinen vollsten Respekt dafür.«
Stefan Greiert, per E-Mail

Preise wie vor 50 Jahren

metallzeitung 5/2008, Arbeit,
»Lebensmittelmärkte – Der Hunger kam nicht über Nacht«
 »Die Autorin ist keine Landwirtin. Ich bin einer und auch IG Metall-Mitglied. Ich kenne viele Betriebe und weiß genau, wie schlecht es ihnen geht. Preise wie vor 50 Jahren und eine 70-Stunden-Woche. Die offenen Märkte

bedeuten einfach auch, auf den optimalen Standort angewiesen zu sein. Darum kommen Bio-Sonnenblumen aus China. Die Bio-Milch bringt nur vier Cent mehr, als bei einer Billig-Molkerei. Der ewige Kampf um Kapital und Arbeit. Die Meisten wollen beides nicht freiwillig erbringen.«

Andreas Thurau, per E-Mail

»Schon früher zwangen westliche Staaten und von ihnen kontrollier-

te Organisationen, die Länder der Zwei-Drittel-Welt für den Export zu produzieren. In landwirtschaftlichen Kleinbetrieben fraßen die Kosten für Saatgut, Düngemittel, Pestizide einen Großteil der Erträge auf. Deshalb mussten hauptsächlich die in der Landwirtschaft Beschäftigten hungern. Um den Hunger zu überwinden, muss der Zwang zum Export überwunden und die lokale Selbstversorgung gestärkt werden.«
Uwe Schnabel, Coswig

MITMACHEN

SAGT UNS EURE MEINUNG

Die Redaktion freut sich über Briefe. Vor allem über kurze, damit wir zu möglichst vielen Themen die Meinung unserer Leser abdrucken können. Schreibt entweder per Post an **metallzeitung**, Stichwort Leserbrief, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt oder per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de. Bitte den Vor- und Nachnamen sowie den Wohnort angeben. Die Redaktion behält sich vor, Briefe zu kürzen. Auch unsere Hotline ist wieder besetzt. Montags bis freitags zwischen 9 und 16 Uhr unter der kostenlosen Telefonnummer:

0800 – 446 38 25

LESERFOTO DES MONATS



Fotografin ist in diesem Monat Metallerin Karen Holt aus Dießen am Ammersee. Die Aufnahme entstand im November 2007 in ihrem Heimatort. »Über einen Zeitraum von mehreren Wochen wurden die Bahngleise Dießen-Raisting erneuert. Die Aufnahme entstand während eines morgendlichen Spaziergangs mit meinem Hund, die Kamera habe ich immer dabei«, beschreibt Frau Holt die Entstehungsgeschichte des Bilds.

MITMACHEN

FOTOWETTBEWERB DER IG METALL

Schicke uns dein Digitalfoto zum Thema: **»Mensch und Arbeit«**. Für die Veröffentlichung des Leserfotos in der metallzeitung gibt es diesmal als Preis einen original Steiff-Teddy. Nähere Informationen und auch die Teilnahmebedingungen zum Fotowettbewerb der metallzeitung unter:
 ► www.igmetall.de/metallzeitung

ZU BESUCH BEI KATHARINA VON HEBEL

Mit Ausdauer überzeugen

Als Katharina von Hebel vor vier Jahren als Betriebsrätin einen Bereich mit 500 Angestellten bei Ford in Köln übernahm, waren dort 17 Prozent in der IG Metall. Heute ist fast die Hälfte Mitglied. Katharina setzt sich für jeden ein. Doch sie erwartet auch etwas von ihren Kolleginnen und Kollegen – Wertschätzung ihrer Gewerkschaftstätigkeit in der IG Metall.

Ein kurzes Nicken, ein knappes Lächeln – zurückhaltend, aber durchaus wohlwollend folgt die schlanke Frau Katharina von Hebels Worten. Vor einiger Zeit hat Katharina, Betriebsrätin beim Autohersteller Ford in Köln, ihr bei einem Problem geholfen. Nun will sie mit ihr über ein anderes Thema reden: über eine Mitgliedschaft in der IG Metall.

Eine gute Viertelstunde lang erklärt Katharina ihr, warum es für ihre Arbeit als Betriebsrätin wichtig ist, möglichst viele Mitglieder hinter sich zu wissen. Aber auch warum gerade Angestellte keinen Bogen um die Gewerkschaft machen sollten. »Wer soll denn sonst unsere Interessen vertreten?«, fragt die Diplom-Ingenieurin. »Die Kollegen aus dem gewerblichen Bereich? Sie haben meist ganz andere Probleme.« Dann listet Katharina Leistungen der IG Metall wie Rechtsschutz und Sterbegeld auf und schaut ihr Gegenüber fragend an.

Bisher hat die Frau kein Wort gesagt. Nun windet sie sich etwas. Es gebe Dinge, die ihr an der Gewerkschaft nicht so gut gefallen. Da gebe es doch diesen Wasserkopf. Katharina erklärt, relativiert und kritisiert Dinge, die sie selbst stören. Keine weiteren Fragen, aber auch keine Unterschrift. Die Frau will es sich überlegen. Sie steckt einen Prospekt und einen Aufnahmeantrag ein und verabchiedet sich. Nächste Woche wird Katharina nachhaken.

Als sie die Tür hinter sich geschlossen hat, sagt Katharina: »Solche Gespräche führe ich oft dreier oder viermal. Und dieses hier war recht kurz.« Mitgliederwerbung im Angestelltenbereich ist harte Arbeit. Überzeugungstäter, die aus Idealismus in die Gewerkschaft



Foto: Jürgen Seidel

Katharina von Hebel (41) überzeugte schon viele von der IG Metall.

Zwischen Beratungsgruppe und Arbeitsgericht

Als Betriebsrätin betreut Katharina von Hebel nicht nur 500 Angestellte. Sie arbeitet auch in der Beratungsgruppe für partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz, und bis vor kurzem war sie Mitglied im Prüfungsausschuss für Hauswirtschaftlerinnen. Bei der IG Metall ist sie als Mitglied im Ortsvorstand aktiv. Außerdem arbeitet sie auch noch regelmäßig als ehrenamtliche Richterin am Arbeitsgericht.

eintreten, gebe es ohnehin nur noch selten. Aber bei Angestellten sei es noch ein bisschen schwieriger als im gewerblichen Bereich. Hier kann die 41-Jährige nicht einfach mit Aufnahmeanträgen durch die Büros gehen. Hier muss sie jeden Einzelnen überzeugen.

Rund 500 solcher Einzelfälle betreut Katharina von Hebel als Betriebsrätin. Und ihr Einsatz lohnt sich. Als sie vor vier Jahren ihren jetzigen Bereich bei Ford übernahm, waren gerade einmal 17 Prozent in der IG Metall. Nach unzähligen Einzelgesprächen hat sie fast die Hälfte überzeugt. Mittlerweile haben hier 43 Prozent einen Mitgliedsausweis. Angestellte für die IG Metall zu werben, ist keine unlösbare Aufgabe, findet Katharina. Schließlich gebe es genug Themen, mit denen die Gewerkschaft bei ihnen punkten könne, wie etwa psychische Belastungen oder Fachkräftemangel. »Wenn wir uns um ihre Anliegen kümmern, überzeugen wir sie auch für die IG Metall.«

Dabei hilft es Katharina, dass sie selbst aus dem Angestelltenbereich kommt. Die Diplom-Ingenieurin für Ernährungstechnik fing 1991 bei Ford an. Bevor sie freigestellte Betriebsrätin wurde, leitete sie die Abteilung Gastronomie und Service. Katharina war keine Überzeugungstäterin. Auch sie ließ sich überzeugen. Aber der Mitgliedsausweis hat ihr als Abteilungsleiterin manches erleichtert. Wenn es Konflikte gab und Betriebsräte auf die Palme gingen, holte Katharina sie mit einem Argument ganz schnell wieder herunter. »Ich bin auch Kollegin.« Übrigens: Die zögerliche Frau aus Katharinas Beratung ist jetzt auch Mitglied. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

RECHT SO

Wie oft am Tag dürfen Arbeitnehmer zur Toilette?

metallzeitung: Kürzlich schrieb uns Metallerin Britta R., dass ihr Abteilungsleiter sie nach Rückkehr von der Toilette darauf hinwies, dass sie besagte Räumlichkeit zu oft aufsuchen würde. Müssen Arbeitnehmer es hinnehmen, wenn der Chef über zu viele Unterbrechungen schimpft?

Carsten Schuld: Das Gesetz regelt nur die längeren Ruhepausen. Ab sechs Stunden Arbeit am Tag stehen nach dem Arbeitszeitgesetz (ArbZG) jedem Beschäftigten 30 Minuten Ruhepause zu. Diese können in zwei Abschnitte von 15 Minuten aufgeteilt werden. In Schicht- und Verkehrsbetrieben sind andere tarifliche Regelungen möglich. Diese Ruhepausen gehören nicht zur Arbeitszeit und werden nicht bezahlt. Arbeitnehmer sind während dieser Zeit von allen Verpflichtungen freigestellt und können über die Pause frei verfügen und an einem selbst gewählten Ort verbringen. Wenn sich Arbeitnehmer während der Pause zur Verfügung halten müssen, dient dies nicht der Erholung und kann nicht auf die Pausenzeiten angerechnet werden.

Für Kurzpausen gibt es keine gesetzlichen Regelungen. Einige Tarifverträge enthalten Regelungen für zusätzliche Pausen. Die bekannteste ist die »Steinkühlerpause« von fünf Minuten pro Stunde für Akkord- und Fließbandarbeiter sowie weitere drei Minuten für persönliche Bedürfnisse (»Pinkelpause«). Wer keine solche tarifli-

che Regelung für Arbeitspausen hat, ist auf das Einsehen des Arbeitgebers angewiesen. Dieser hat hinsichtlich der Arbeitszeiten ein Direktionsrecht, er muss deshalb auch Kurzpausen genehmigen. Er verstößt aber gegen seine Fürsorgepflicht, wenn er notwendige Pausen für ein Getränk oder einen Toilettengang nicht erlaubt. Dabei muss er auch auf blässchwächere Arbeitnehmer Rücksicht nehmen.

Dass der Chef manchmal meckert, wird man hinnehmen müssen, denn die Arbeitspause gehört zur Arbeitszeit und muss bezahlt werden. Sie darf auch nicht auf die Ruhepause angerechnet werden.

Auch wenn kein tariflicher Anspruch auf Kurzpausen besteht kann der Betriebsrat bei der zeitlichen Lage mitreden. Deren Einführung durchsetzen kann er allerdings nicht. ■

Carsten Schuld, Jurist beim DGB-Rechtsschutz, beantwortet hier jeden Monat Eure Fragen.



Foto: Jürgen Hedwig

Weitere Fragen rund um den Rechtsschutz?

Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.

► www.igmetall.de/metallzeitung

► www.dgbrechtsschutz.de

SERVICE

Vorsorge nach Maß

Gilt für Sie der Tarifvertrag über altersvorsorgewirksame Leistungen (AVWL) in der Metall- und Elektroindustrie? Dann erhalten Sie von Ihrem Arbeitgeber 319,08 Euro (Auszubildende 159,48 Euro) im Jahr für Ihre zusätzliche Altersvorsorge. Schon nach sechs Monaten ununterbrochener Tätigkeit in Ihrem Unternehmen haben Metallerinnen und Metaller Anspruch auf diese tarifvertraglichen Leistungen. Dies gilt für Beschäftigte und Auszubildende gleichermaßen.

Wie mache ich meinen Anspruch auf AVWL geltend?

Sie machen gegenüber Ihrem Arbeitgeber schriftlich, spätestens einen Monat vor Anspruchsbeginn, Ihren Anspruch geltend. Teilen Sie ihm Ihre Vorsorgeentscheidung mit.

Welche Möglichkeiten habe ich denn dabei?

Sie haben selbst zwei Möglichkeiten: Die erste ist die Entgeltumwandlung. Hier nutzen Sie die 319 Euro für ihren gesetzlichen Anspruch auf Umwandlung von Entgelt in eine betriebliche Altersvorsorge. Sofern Sie schon die Entgeltumwandlung nutzen, können Sie diese mit den AVWL aufstocken. Die zweite Möglichkeit ist die Nutzung für einen privaten Riestervertrag. Es kann allerdings sein, dass Ihr Betriebsrat mit dem Arbeitgeber verhandelt hat und die AVWL kollektiv für eine Verbesserung der Altersvorsorge für die gesamte Belegschaft genutzt wird. Fragen Sie Ihren Betriebsrat, ob dies der Fall ist.

Was ist denn besser?

Im Normalfall ist die Entgeltumwandlung, also die betriebliche Altersvorsorge, besser als die private. Bei der betrieblichen kann man auf den Umwandlungsbetrag Steuern und Sozialabgaben sparen, aber auch die Riesterförderung nutzen. Meist sind diese Angebote kostengünstiger als die privaten. Privat hat man aber den Vorteil, dass man den Vertrag bei einem Wechsel des Arbeitgebers mitnehmen kann. Dann zahlt der neue Arbeitgeber in diesen Vertrag ein.

Kann ich ausrechnen was besser ist?

Schauen Sie mal bei www.metallrente.de, da können Sie genau ausrechnen, wie hoch die Steuersparnis ist oder wieviel staatliche Förderung man bekommt und ob man für die volle Riesterförderung den Sparbetrag noch aufstocken muss.

Ist das nicht zu kompliziert?

Sie können sich auch alles vom MetallRente-Berater erklären und

Der Staat fördert Ihre persönliche Rente

Sie können entweder aus ihrem Bruttoeinkommen eine Entgeltumwandlung vom Arbeitgeber verlangen und darin auch die AVWL einbeziehen. Auf den Umwandlungsbetrag erlässt Ihnen der Staat die Steuern und Sozialabgaben, sofern die Gesamtsumme nicht vier Prozent der Beitragsbemessungsgrenze Rentenversicherung (das waren 2544 Euro für 2008) übersteigt. Das lohnt sich immer. Oder wenn sie einen Teil Ihres Nettoeinkommens, etwa Ihre AVWL, in den Aufbau einer Riester-Rente investieren, erhalten Sie vom Staat Zulagen. Diesen gibt es als jährliche Grundzulage (154 Euro) und als Kinderzulage (185 Euro) für jedes Kind, für das Anspruch auf Kindergeld besteht.

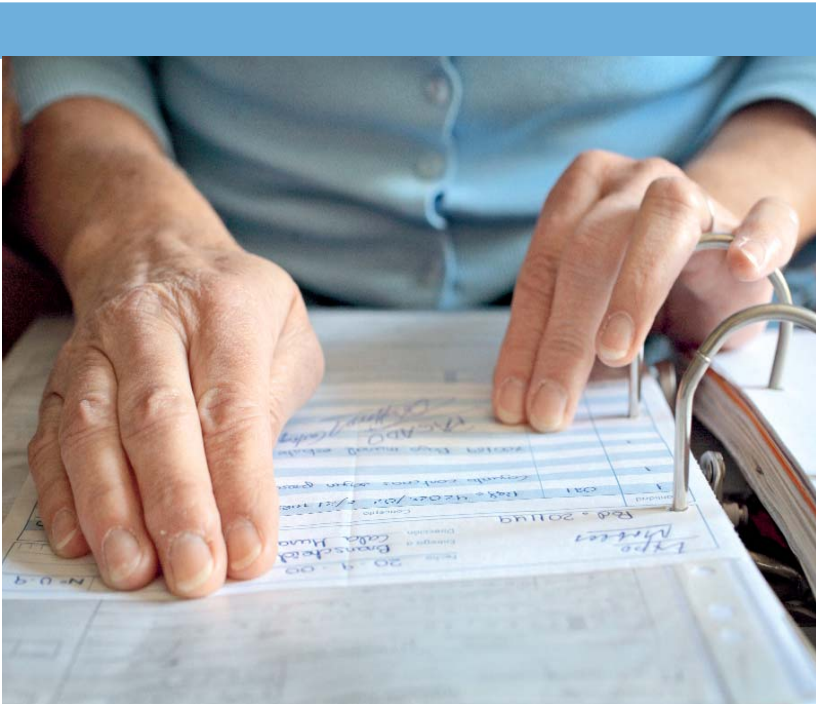


Foto: Fancy

Beratung vor Ort:

Ihre Personalabteilung, Ihr Betriebsrat oder der für Ihr Unternehmen zuständige MetallRente-Berater helfen gerne weiter.

Ein Tipp:

Unter www.metallrente.de finden Sie die Service-Rechner von MetallRente, mit denen Sie Ihre Vorsorge nach Maß selbst berechnen können.

berechnen lassen. Fragen sie den Betriebsrat oder die Personalabteilung, wann die Sprechstunde des MetallRente-Beraters ist oder wo Sie ihn erreichen können.

Lohnt sich die zusätzliche Altersvorsorge mit AVWL für junge Leute?

Je früher man beginnt, Geld für eine zusätzliche Rente zurückzulegen, desto mehr lohnt es sich. Genau wie andere Arbeitnehmer können Auszubildende neben den AVWL auch einen Teil ihrer Ausbildungsvergütung für die Altersvorsorge nutzen.

Welche Auswirkungen haben denn Teilzeitbeschäftigung auf meinen individuellen Anspruch auf die AVWL?

Wenn Sie Teilzeit beschäftigt sind, erhalten Sie AVWL anteilig entsprechend dem Verhältnis Ihrer Arbeitszeit zur tariflichen Arbeitszeit. Wenn Sie nicht das gesamte Kalenderjahr Anspruch auf Arbeitsentgelt haben, erhalten Sie die AVWL

ebenfalls nur anteilig. Dabei haben Sie Anspruch auf ein Zwölftel der AVWL für jeden Monat, in dem Sie mindestens für zwei Wochen einen Anspruch auf Entgelt haben.

Ich nutze aktuell vermögenswirksame Leistungen für einen Bausparvertrag im Rahmen des fünften Vermögensbildungsgesetzes. Kann ich das weiterhin tun?

Ja, wenn Sie aktuell vermögenswirksame Leistungen in Anspruch nehmen, können Sie das bis zum Ende der Laufzeit Ihres VWL-Vertrags auch weiterhin tun.

Ich bin 58 Jahre alt und nicht mehr an einem weiteren Altersvorsorgevertrag interessiert. Habe ich trotzdem Anspruch auf Leistungen nach dem Tarifvertrag?

Wenn Sie zum Stichtag 22. April 2006 bereits 57 Jahre oder älter waren, können Sie Ihre VWL bis zum Ende Ihres Beschäftigungsverhältnisses in Anspruch nehmen. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

WAS MICH BESCHÄFTIGT ...

Hat die SPD wieder ein Ohr für Arbeitnehmer?

metallzeitung sprach mit Jürgen Wechsler aus Nürnberg. Er war auf dem Zukunftskonvent der SPD.

metallzeitung: Bei Umfragen liegt die SPD ziemlich im Keller.

Jürgen Wechsler: Ich bezweifle, dass das mit der derzeitigen Politik zu tun hat. Möglicherweise wirkt da die Agenda 2010 nach. Mein Eindruck auf dem Konvent war, dass die SPD wieder stärker hinhört, welche Probleme die Menschen haben und dass sie sich mit Kurt Beck an der Spitze wieder mehr auf die sozialdemokratischen Werte Solidarität und Gerechtigkeit besinnt.

metallzeitung: Wie zeigt sich das, außer beim Mindestlohn?

Wechsler: Zum Beispiel darin, dass sie Altersteilzeit weiter fördern will. Dass sie erkannt hat: Es geht nicht so weiter, dass ein wachsender Teil der Beschäftigten als Leiharbeiter 30 bis 50 Prozent weniger verdient. Oder dass sie kleine und mittlere Einkommen stärker entlasten will. Oder bei der Mitbestimmung: Ich war auf dem Konvent in einer Arbeitsgruppe Standortverlagerungen. Dort waren wir uns einig, dass wir die Mitbestimmung in Aufsichts-



Foto: IG Metall

Jürgen Wechsler kämpfte gegen die AEG-Schließung in Nürnberg.

räten auf das Niveau des VW-Gesetzes bringen müssen, damit Fälle wie Nokia Bochum und AEG Nürnberg nicht mehr passieren.

metallzeitung: Zurzeit keine Kritik an der SPD?

Wechsler: Doch. Ich bin nicht erfreut über die Abgrenzungen. Wie wollen wir im Parlament Mehrheiten für fortschrittliche Politik gewinnen, wenn die SPD sagt, mit einer Partei wie der Linkspartei, die ja demokratisch gewählt ist, gibt es keine Zusammenarbeit? ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

MENSCHEN, DIE BEWEGEN



Foto: Mirko Maus

VK-Leiterin erstmals eine Frau

Mit Nicole Mey (38) haben die Beschäftigten bei Opel in Rüsselsheim erstmals eine Frau und junge Mutter zur Vertrauenskörper-Leiterin gewählt. Die Metallerin, gelernte Automobilmechanikerin und Ingenieurin, will alle Beschäftigtengruppen einbinden: »Ich möchte die unterschiedlichen Interessen zum gemeinsamen Handeln zusammen führen.«



Foto: Privat

Hilfe bei Betriebsrats-Gründungen

Dieses Jubiläum schaffen nur wenige: In Baunatal wurde der 100. Betriebsrat der Werkstatt-Kette ATU gegründet. Seit der 50. Wahl leistet Peter Pechan (54), Metaller und ATU-Fachberater in Ratingen, Schützenhilfe. Er erstellt Info-Mappen für Wahlvorstände und neue Betriebsräte und berät telefonisch – alles nach Feierabend. Die IG Metall hat sich mit einem Regiestuhl bei Pechan bedankt.

LAUT UND LEISE

Pop gegen Gewalt und Nationalismus

Die 20-jährige Sängerin Eva Petzenhauser und der Metaller Alfons Mühlbauer produzieren modernen deutschen Souppop im Kellerstudio. Evas warme, rauchige Stimme, von Alfons instrumental begleitet und



Foto: www.foto-pongratz.de

arrangiert, singt klare Botschaften: gegen Gewalt, Nationalismus und Menschenverachtung. Zur Zeit sind Eva, die gerade Abitur gemacht hat, und Alfons, der bei BMW Dingolfing arbeitet, auf der Suche nach einem Plattenlabel. Ihr Song »Ich will das nicht« wendet sich gegen »Stiefel im Gleichschritt« und »Brutalität, die für neue Werte steht«. **de**

Der Song »Ich will das nicht« kostenlos als mp3 unter: www.igmetall.de/metallzeitung

Volkswagen-Zwangsarbeiter erinnern sich

Nazizeit. Zweiter Weltkrieg. Gefangene aus ganz Europa leisten Zwangsarbeit in deutschen Fabriken. Auch bei VW. Ehemalige VW-Zwangsarbeiter berichten auf zwei CD nachgesprochen über ihre Arbeit und ihr Leben im Volkswagenwerk. Über Nazibrutalität, Bombenangriffe, Hunger und Tod – aber auch über raffinierte Überlebensstrategien und ungeahnte Menschlichkeit. Die Erinnerungen haben Historiker von VW aus Tage-



Foto: Volkswagen AG

büchern und Briefen zusammengestellt. Seit über 20 Jahren wird Geschichte bei VW systematisch erforscht, angestoßen von Betriebsrat und IG Metall. **de**

»Niemand wusste, was morgen sein würde.« Historische Kommunikation der Volkswagen AG, Hörbuch, zwei Audio CD, 145 Minuten, 14,90 Euro.

Wer war der Künstler Joseph Beuys?

Dieser Frage geht Rolf Famulla, Journalist und Mitarbeiter der **metallzeitung**, nach. Er deckt auf, was die Beuys-Erben gern verschweigen: dass sich Beuys als Kampfflieger im Zweiten Weltkrieg mit der Nazi-Ideologie identifizierte und in der Nachkriegszeit sein von den Nazis geprägtes Weltbild beibehielt. Beuys sah sich als Kämpfer gegen »Materialismus«, »Egoismus« und die moderne Zivilisation. Als Alternative bot er Mythen der Germanen und Kelten an. Das Buch zeigt einen bislang unbekannten Beuys. **who**



Rolf Famulla: »Joseph Beuys – Künstler, Krieger und Schamane«. Psychosozial-Verlag 2008, Gießen. 232 Seiten. 24,90 Euro.

MITMACHEN SENDET UNS EURE VORSCHLÄGE

Wir veröffentlichen laute und leise Töne, Filme, Ausstellungen, Aktionen, Bücher, von metallzeitung-Leserinnen und -Lesern. Wir suchen Künstlerinnen und Künstler, die sich für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit stark machen. Die Auswahl behält sich die Redaktion vor. E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de

GUTER RAT

Mehr Bewegung in den Arbeitsalltag bringen

Wer den ganzen Tag am PC sitzt, bewegt sich zu wenig. Eine Folge sind etwa Rückenleiden. Doch dagegen lässt sich was tun.

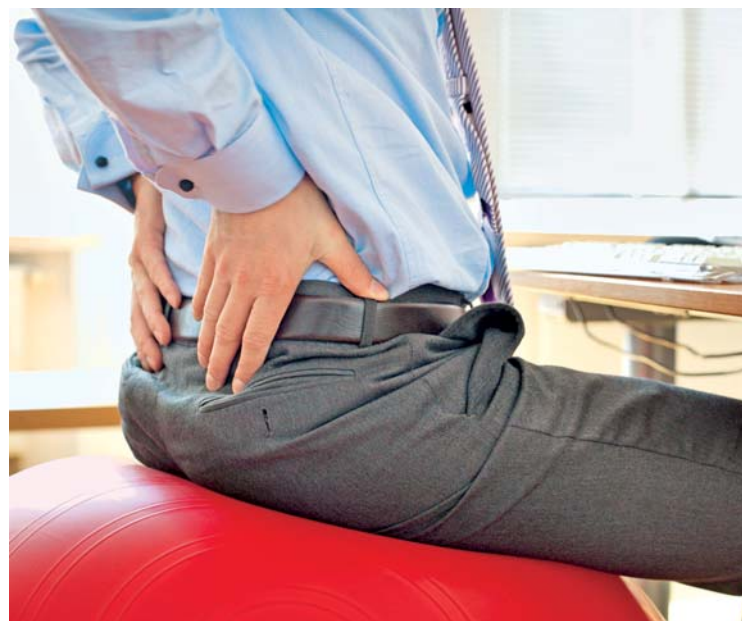


Foto: Ute Grabowsky / photobank.net

Rückenschmerzen sind eine Volkskrankheit. Bewegung kann helfen.

Computer und Kommunikation per E-Mail haben Bewegung an vielen Arbeitsplätzen weitgehend überflüssig gemacht. Doch Mangel an Bewegung macht schlapp und begünstigt Erkrankungen des Herz/Kreislaufsystems und des Muskel- und Skelettsystems. Über Rücken-, Schulter- und Nackenbeschwerden klagen etwa zwei Drittel aller Beschäftigten in Büros. Dabei ist

Abhilfe ganz einfach. Wer sich mehr bewegt, fühlt sich auch psychisch besser. Mit »Köpfchen« kann jeder den beruflichen Alltag »bewegter« gestalten.

Arbeitsmediziner empfehlen, mindestens ein Viertel der täglichen Arbeitszeit in Bewegung zu verbringen. Alles, was nicht im Sitzen erledigt werden muss, sollte stehend geschehen, etwa Telefonieren oder die Post öffnen. Wenn es etwas mit Kolleginnen oder Kollegen zu besprechen gibt, kann man hingehen statt anzurufen oder eine E-Mail zu schicken. Auch Drucker oder Faxgeräte, die in anderen Räumen untergebracht sind, bringen Bewegung in den Arbeitsablauf. Bloß nicht alles in Griffnähe halten, befolgt eine Regel von Experten: Mehr stehen als sitzen, mehr bewegen als stehen. Das lässt sich nicht immer umsetzen, aber sicherlich häufiger, als wir es normalerweise tun.

Werner Hoffmann

Wichtig ist zudem:

■ **Zufriedenheit im Beruf:** Wer mit seiner Arbeit unzufrieden ist, neigt deutlich mehr zu Rückenbeschwerden als jemand, der seinen Beruf gerne ausübt.

■ **Vorsorge:** Präventive Maßnahmen wirken effektiv, wenn sie arbeitsorganisatorische, ergonomische und verhaltensorientierte Veränderungen miteinander verknüpfen.

► www.ergo-online.de

RÄTSEL

1	2	3		4	5		6		7	8	9
10				11	6				12	3	
13			14				15	16	4		
		17	9			18					
19	20			14		21		10		22	
23	7			24	25			26	27		
			28		2		29				30
31		32	1		33				34	5	
		35		36		37	8	38		39	
40	41			42	43	17			44		
45			46		12		47		16	48	
49		50		11		51			52	15	53
		54						55			
56						57		13			

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----

WAAGERECHT

- 1 italienische Bezeichnung für eine Speisekrebsart
 6 Pelzart
 10 Datenverarbeitung (Abkürzung)
 11 Schiff des Jason in der griechischen Sage
 12 Südwind am Gardasee
 13 Rohkostgericht
 15 Stadt in Ostfrankreich
 17 Stadt an der Weser
 19 Hinterhalt
 21 Windrichtung
 22 Autokennzeichen von Unna
 23 Autokennzeichen von Ebersberg
 24 englische Anrede (Abkürzung)
 26 Internationale Raumstation
 28 Freikaufsumme
 31 Anstrichmittel
 33 gallertartige Substanz
 34 Niederschlag
 35 linker Nebenfluss des Rheins
 37 französischer Pluralartikel
 39 Rotes Kreuz (Abkürzung)
 40 Kommunikationsgerät (Abkürzung)
 42 Flugzeughalle
 45 Abkürzung für: Schiffstechnik
 46 zehn (englisch)
 47 Stechpalme
 49 Landstraße
 52 australischer Straußenvogel
 54 langsamer Tanz
 55 schottischer Stammesverband
 56 Epos von Homer
 57 Tagsschmetterling

SENKRECHT

- 1 Geliebte des Zeus
 2 deutsche politische Partei
 3 Boulevard
 4 Hauptstadt von Sizilien
 5 Westeuropäerin
 6 Vergütung, auch: Rabatt
 7 Kabarettlied
 8 Zufluss der Isère
 9 Stadt in der Osteifel
 14 Anrede für Fremde
 16 brav, gehorsam
 18 Wurfspiel auf Eis
 20 ehemalige schwedische Popgruppe
 22 Stadt am Solling
 25 Geröllwüste in der algerischen Sahara
 27 Satz beim Tennis
 28 Klinik (Abkürzung)
 29 wehmütiges Klagelied
 30 englischer Herzogtitel
 31 pflaumengroße tropische Frucht
 32 Zeichen für: Kalorie
 33 Affenart
 36 linker Donzufluss
 41 Autozeichen für Äthiopien
 43 seichte, kleine Bucht
 44 wirklich
 46 Stadt südlich von Moskau
 48 oft (ugs.)
 50 Reifeprüfung (Kurzwort)
 51 Europäische Weltraumbehörde (Abkürzung)
 53 Weltorganisation (Abkürzung)
 55 chemisches Zeichen für Kobalt

Die Gewinner im Mai

Lösungswort: Kündigungsschutz

Erster Preis: 18 Flaschen Rioja
 Jürgen Schröder, Schieder-Schw.

Zweiter Preis: Steiff-Teddy »Petsy«
 Frank Perera, Wipperfurth

Dritter Preis: Lexikon »Der Brockhaus Alternative Medizin«
 Ingrid Williams, Schweinfurt

Sonderpreis: Je ein ID-Band
 Georgios Tsiridis, Solingen
 Harald Hartwig, Urbach

Die neuen Preise im Juli



Erster Preis
 5 Übernachtungen für 2 Personen im IFA Fehmarn
 Hotel & Ferien-Center***/Burg auf Fehmarn



Zweiter Preis
 Ein original Steiff-
 Teddy »Petsy«



Dritter Preis
 Eine Garnitur »Pons –
 Englisch in der Tasche«

Das Lösungswort unter Angabe des Vor-, Nachnamen und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an:
 Redaktion **metallzeitung**, Preisrätsel, 60239 Frankfurt. Oder per E-Mail an: raetsel@igmetall.de

Hinweis: Die oben genannte Adresse ist ein Postfach, in dem ausschließlich Lösungszuschriften ankommen. Zuschriften wie Adressänderungen oder Fragen zur Ausgabe bitte an die im Impressum genannte Anschrift senden.

Einsendeschluss

27. Juli 2008

DA GEHT WAS

Betriebsrat bei »Bill Gates«

Zwei Seelen schlagen in der Brust des Firmenchefs von Enercon: eine umweltfreundliche und eine unsoziale. Windenergieanlagen findet er gut – die stellt Enercon her, Betriebsräte für schlecht – die versucht er mit allen Mitteln zu verhindern. Trotz Schikane hat die Belegschaft des Rotorblatt-Werks jetzt aber einen Betriebsrat gewählt.



Enercon: Technisch hochmodern – wie hier beim Verladen einer Windkraftanlage.

Foto: Andreas Gebert/ ecopix Fotoagentur

»Bill Gates von Ostfriesland« wird er schon mal genannt, der Chef von Enercon, Aloys Wobben, aus Aurich. Weil er wie der Microsoft-Firmengründer als Tüftler in einer kleinen Garage angefangen haben soll. Der Amerikaner Gates ist heute einer der reichsten Männer der Welt. Wobben gilt als einer der reichsten Deutschen. Sein Unternehmen gehört zu den weltweit führenden Herstellern von Windenergieanlagen, mit 10 000 Beschäftigten in sechs Ländern. Technologisch hochmodern, aber wenn es um Demokratie im Betrieb geht, herrscht noch die Zeit der Fürsten und Untertanen.

Seit Jahren kämpfen Metalller dafür, dass in den 13 deutschen Betrieben in Magdeburg Betriebsräte gewählt werden. Immer wieder schafften es die Geschäftsführer,

das zu verhindern und das Werk in eine uneinnehmbare Burg zu verwandeln.

Ganz massiv zur Sache ging es in der Rotorblattfertigung. Dort versuchten sie, die Beschäftigten einzuschüchtern, indem sie drohten, den Betrieb dicht zu machen und den Standort zu verlagern. Sie störten Versammlungen, in denen die Belegschaft einen Wahlvorstand wählen sollte. Sie schickten Krakeeler hin, drehten den Strom ab und hinderten Detlev Kiel von der Magdeburger IG Metall so daran, über Mikrofon zu den Beschäftigten zu sprechen. So dass Kiel Strafanzeige gegen den Personalchef und Produktionsleiter stellte – wegen Behinderung der Betriebsratswahl.

In der Rotorblattfertigung hat das kindische Verhalten nichts genützt. Letzten Monat sind dort neue Zeiten angebrochen. Trotz

der Schikane wählte die Belegschaft einen Betriebsrat. Es ist der zweite in einem Magdeburger Enercon-Betrieb.

In ihm sitzen zwar ein paar arbeitgeberfreundliche Interessenvertreter. Aber allein die Tatsache, dass es einen Betriebsrat gibt, »ist ein echter Erfolg für die Beschäftigten«, sagen die beiden Metalller Volker Schneider und Jens-Uwe Peters, zwei der Gewählten, die sich seit Jahren für einen Betriebsrat eingesetzt haben.

Sie sind optimistisch, dass sie die Belegschaft durch gute Arbeit davon überzeugen können, dass ihre Interessen bei IG Metall-Betriebsräten in guten Händen sind. Immerhin bekam die IG Metall-Liste unter acht Listen, die zur Wahl standen, das zweitbeste Ergebnis.

Zu tun gibt es genug. Beschäftigte klagen über einen katastro-

phalen Führungsstil, schlechte Arbeitsbedingungen und Willkür bei den Löhnen. 40 Prozent der Beschäftigten sind Leiharbeiter. Enercon ist nicht tarifgebunden. Als größter deutscher Windkraftproduzent macht das Unternehmen es den Konkurrenten schwer, die die Tarifverträge einhalten. Gleichwohl heftete der Staat Firmenchef Wobben das Bundesverdienstkreuz an die Brust. Und die Steuerzahler durften ihm die Geschäfte mit Subventionen vergolden.

Wenn stimmt, was das »Managermagazin« schrieb, teilte sich Wobben 2007 mit BMW-Erbin Johanna Quandt und der Familie Flick den 24. Platz in der Rangliste der reichsten Deutschen. 4,8 Milliarden Euro Vermögen soll er haben. Und jetzt in einem Betrieb mehr einen Betriebsrat. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

DIE GUTE IDEE

»Wir wollen die IG Metall als Marke etablieren«

Um als IG Metall sofort im Unternehmen erkennbar zu sein, tragen die Betriebsräte bei Hüppe Oberteile mit IG Metall-Logo.

Wenn sich die Betriebsräte beim Duschabtrennungshersteller Hüppe in Bad Zwischenahn auf dem Werksgelände bewegen, fallen sie unweigerlich auf – nicht nur als Funktionsträger, sondern auch als IG Metall. Der Grund: ein schwarzes Sweatshirt. Auf der Rückseite ist in großen Buchstaben »Betriebsrat« aufgedruckt. Und wenn sich die Trägerin oder der Träger der entsprechenden Sweatshirts umdrehen, weiß man, mit wem man es zu tun hat. Denn auf der Vorderseite stechen einem das rote IG Metall-Logo und der Name der Person ins Auge. »Wir haben uns schon seit geraumer Zeit überlegt, wie die IG Metall besser im Betrieb wahrgenommen werden kann«, sagt Betriebsratsvorsitzender Olaf Wolpers.

Für ihn und seine Kolleginnen und Kollegen im Betriebsrat sei das eine Art »Marketingaktion«. Die Belegschaft solle sich darüber im Klaren sein, welche Gewerkschaft hinter dem Betriebsrat stünde. Rund 400 Arbeitnehmer sind im

Betrieb beschäftigt. Über die Hälfte sind Mitglied der IG Metall. Auf eigene Kosten besorgten sie sich die Sweatshirts und ließen diese bedrucken. Seither fallen sie nicht nur in der Belegschaft auf. »Auch Kunden, Lieferanten oder Aufsichtsbehörden gucken uns schon mal nach«, sagt Betriebsrat Wolpers.

Ganzheitliches Denken und Handeln lautet die Philosophie des Unternehmens, der sich die Betriebsräte voll und ganz anschließen. »Wir setzen uns nicht nur für die Interessen der Belegschaft ein.« Ihr Ziel sei es, auch die IG Metall als »Marke« im Betrieb zu etablieren. Darum hoffen die Betriebsräte, dass »ihre« Gewerkschaft Gefallen an der Idee findet, und diese für andere Betriebe übernimmt.

Bei der nächsten Betriebsversammlung wollen Wolpers und seine Kollegen ihre zweite Kreation vorstellen: ein schwarzes Poloshirt mit IG Metall-Logo. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de



Hüppe-Betriebsräte mit ihrer Erfindung, dem IG Metall-Betriebsräte-Shirt.

UNSER PRODUKT



Brennstoffzellen sind für Hersteller im Bereich der IG Metall interessant.

Die Brennstoffzelle – der Antrieb der Zukunft?

Brennstoffzellen liefern Energie aus Wasserstoff und Sauerstoff. Effizienter als Benzin und Diesel – und ohne Abgas.

Saubere Energie ohne Lärm und Hitze. Ohne Öl. Mit deutlich höheren Wirkungsgraden als Verbrennungsmotoren. Hinten kommt nur Wasser raus. Das macht die Brennstoffzelle interessant – auch für zahlreiche Hersteller im Bereich der IG Metall.

In der Autoindustrie bauen mehrere Hersteller Prototypen, in denen Brennstoffzellen Elektromotoren mit Strom versorgen. Unter anderem Mercedes, VW, Opel und Ford. In einigen Städten fahren bereits Brennstoffzellen-Busse von MAN. Vom Markt sind Brennstoffzellen-Autos mit über einer Million Euro pro Stück jedoch noch weit weg.

Im Schiffbau ist die Brennstoffzelle schon auf dem Markt. Allerdings nur militärisch: HDW

in Kiel baut U-Boote mit zusätzlichem Brennstoffzellen-Antrieb, die damit völlig laut- und emissionslos wochenlang unter Wasser fahren können. In der zivilen Schifffahrt entwickelt Blohm und Voss Brennstoffzellen für die Stromversorgung im Hafen. Denn schon jetzt ist Dieselmotor in einigen Häfen verboten.

Neben den Kosten hat die Brennstoffzelle jedoch weitere Nachteile: Der Transport und die Lagerung von Wasserstoff sind aufwändig. Und: Die Herstellung verbraucht viel Energie. Wenn die wiederum aus Öl, Gas und Kohle kommt, ist der Klimavorteil wieder zunichte. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

► www.igmetall.de/metalzeitung

MITMACHEN SCHREIBT UNS EURE IDEEN UND PRODUKTE

Querdenken, etwas anders machen oder Dinge auf den Kopf stellen: Die metallzeitung sucht gute Ideen und Produkte, auf die Metallerrinnen und Metaller stolz sind. Wer ist Weltmeister? Wo gibt es neue Konzepte und Ansätze?

Per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de

IN KÜRZE

Hilfe bei Mobbing

Mobbing ist keine harmlose Stichelei unter Kollegen. Wer am Arbeitsplatz unter massiven Schikanen durch Kollegen oder Vorgesetzten leidet, wird krank. Doch im Alltag fällt es nicht nur den Opfern solcher Schikanen schwer, sich gegen Mobbing zu wehren. Auch Betriebs- und Personalräte wissen oft nicht, wie sie mit dem Problem umgehen sollen. Ratschläge gibt es in dem neuen Buch von Axel Esser und Martin Wolmerath: »Mobbing. Der Ratgeber für Betroffene und ihre Interessenvertretung«, Bund-Verlag, Frankfurt 2008. Preis: 16,90 Euro.

► www.bund-verlag.de

Rechte von Leiharbeitern

Beschäftigte von Leiharbeitsfirmen unterstehen zwei Arbeitgebern gleichzeitig: dem Verleiher und dem Entleiher. Das wirft einige Fragen auf. Bei wem müssen sich Leiharbeitnehmer krankmelden? Welcher Betriebsrat ist für ihn zuständig? Oder können Leiharbeiter an Betriebsratswahlen teilnehmen? Der DGB Rechtsschutz hat dazu jetzt einen Themenflyer »Leiharbeit« zusammengestellt, in dem er diese und andere Fragen beantwortet. Der Flyer kann im Internet heruntergeladen werden unter:

► www.dgbrechtsschutz.de

→ Service → Informationsmaterial

Trotz Flip-Flops versichert

Bei einem Autounfall zahlt die Kfz-Versicherung unabhängig vom Schuhwerk. Zu dieser Klarstellung sah sich der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft gezwungen. Es halte sich das hartnäckige Gerücht, dass Autoversicherer Leistungen verweigerten, wenn der Fahrer und die Fahrerin bei einem Unfall Badelatschen, besser bekannt als Flip-Flops, trug. Für Berufsfahrer gelten allerdings besondere Vorschriften. Wer unter die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften fällt, muss beim Fahren festes sowie den Fuß umschließendes Schuhwerk tragen.

► www.gdv.de

ARBEIT

TIPPS FÜR DEN JOB

Das unendliche Gedächtnis

Persönliche Daten müssen geschützt werden. Und dazu gehört mehr als Name, Anschrift und Geburtsdatum. Beschäftigte haben jedoch oft gar keine Ahnung, was das Gedächtnis der Technik inzwischen alles über sie weiß. Viele merken es erst, wenn es zu spät ist.

Morgens halb acht in Deutschland: Auf dem Weg zur Arbeit schauen Menschen müde in die Überwachungskameras vorm Werktor, stecken geistesabwesend elektronische Ausweise ins Zeiterfassungssystem und schalten nur wenige Minuten später ihren Rechner ein. Der Arbeitstag hat gerade erst begonnen, und bereits jeder Schritt wurde erfasst. Und das geht so weiter.

Jede Seite, die im Internet besucht wurde, bleibt im Gedächtnis der Technik. Wer mittags mit elektronischem Ausweis in der Kantine zahlt, gibt preis, was er täglich speist. Jede E-Mail und jedes Telefonat hinterlässt eine Datenspur. Die meisten Menschen wissen gar nicht, wieviele Daten im Betrieb über sie erfasst werden, und was ihr Arbeitgeber mit wenigen Handgriffen auf der Tastatur über sie herausfinden könnte, wenn er denn wollte. Davon ist Horst Mernberger, Datenschutzbeauftragter der IG Metall, überzeugt. Nach dem Motto: »Ich hab' doch nichts zu verbergen«, kümmern sich die meisten nicht um den Schutz ihrer Daten. »Wie heikel das ist, wird vielen erst klar, wenn der Arbeitgeber es gegen sie verwendet«, sagt Mernberger. Deshalb rät er Beschäftigten, sich die eigenen Daten anzuschauen. »Arbeitnehmer haben das Recht zu erfahren, was, wo, zu welchem Zweck über ihn gespeichert wurde. Kann der Ar-



Illustration: PhotoDisc

MEHR INFOS

■ **Wenn es um den Schutz** von Daten geht, ist für Beschäftigte der erste Ansprechpartner ihr Betriebsrat. Sollten sie hier nicht weiterkommen, können sie sich an ihre Gewerkschaft wenden. Im Internet informieren Verdi, IG Metall und DGB gemeinsam über Datenschutz am Arbeitsplatz.

► www.onlinerechte-fuer-beschaeftigte.de

beitgeber nicht erklären, wofür er die Daten braucht, muss er sie löschen.«

Die Technik macht vieles möglich – auch den Schutz der eigenen Daten. Es gibt Techniken, die dafür sorgen, dass niemand an den eigenen Rechner kommt. Viele nutzen sie nur nicht. »Manchmal«, seufzt der Datenschützer, »würde es schon reichen, wenn mehr die Bedienungsanleitung ihrer Arbeitsgeräte lesen würden.« ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

BESSER MIT BILDUNG

Altern hautnah erfahren – im Simulationsanzug

Auf einem Seminar erlebten Schwerbehindertenvertreter und Betriebsräte, was Arbeit mit Alterseinschränkungen bedeutet.

Die Schritte fallen immer schwerer, die Stufen sind kaum zu erkennen. Nach dem grellen Licht am Fenster kommt ein dunkles Loch. So erleben die Teilnehmer des Schwerbehindertenseminars der IG Metall Aachen, Düren und Stolberg eine Treppe in den dritten Stock. In einem Anzug, der altersbedingte Einschränkungen mit 75 Jahren simuliert.

»Die Muskelkraft lässt im Alter um zwei Drittel nach. Die Sicht wird trübe, das Sichtfeld eingengt«, erklärt Klaus Kukuk vom Beratungsinstitut »Fokus50plus«, das den Simulationsanzug mit Wissenschaftlern und Medizinern entwickelt hat.

Auch auf flachem Gelände gehen die Teilnehmer unsicher, immer mit Blick auf den Boden. Unebenheiten werden zu fast unsichtbaren Stolperfallen. Und der Tastsinn nimmt ab. Die Teilnehmer sind kaum in der Lage, eine Münze vom Boden aufzuheben oder ein Handy zu bedienen.

»Ich befasse mich seit Jahren im Betrieb mit dem Thema Arbeiten mit Einschränkungen«, sagt Schwerbehindertenvertreter Jürgen Keuter. »Doch jetzt kann

ich mir viel besser vorstellen, was das wirklich heißt.«

»Im Alter geht eben vieles einfach nicht mehr«, meint Herbert Brüssel. Seit Jahren leitet er die Behindertenseminare der drei IG Metall-Verwaltungsstellen. Bis vor kurzem saß er selbst noch im Rollstuhl. »Wir müssen Arbeit altersgerecht gestalten.«

Früher raus aus dem Betrieb wird immer schwerer. 2009 droht das Aus der Altersteilzeit. Die IG Metall kämpft um ihre Fortführung.

Doch auch Arbeitsplätze altersgerecht umgestalten, ist oft ein Tauziehen mit Arbeitgebern und Kassen um die Finanzierung.

»Alterseinschränkungen gelten nicht als Behinderung. Da gibt es keine gesetzliche Regelung«, erklärt Brüssel. »Aber die Arbeitgeber müssen endlich begreifen: Gute Arbeitsgestaltung bringt auch mehr Produktivität.«

Gute Arbeitsgestaltung nutzt allen, ergänzt Kukuk. Denn: »Was für Ältere leichter wird, wird auch für Jüngere einfacher.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

► www.igmetall.de/metalzeitung



metallzeitungs-Redakteur Dirk Erb (links) testet den Simulationsanzug.

AUF DEM PRÜFSTAND



Foto: Erwin Wodicka / BilderBox.com

Ist der Chef top oder flop? Eine Checkliste hilft, Vorgesetzte zu prüfen.

Qualität des Chefs mit der Checkliste prüfen

Chefs können motivieren oder Stress erzeugen. Je nach dem, ob sie gut oder unfähig sind. Das können Arbeitnehmer testen.

Schlechte Chefs verleiden einem die Arbeit und ganz schlechte machen krank. Frust über Vorgesetzte ist der häufigste Grund, warum Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer kündigen. Aber was zeichnet einen guten Vorgesetzten aus? Und wie gut ist der eigene? Wer das wissen will, kann seinen Chef auf den Prüfstand stellen, indem er anonym an einem kostenlosen Online-Test teilnimmt.

Den Chef-Check haben Wissenschaftler der Ruhr-Universität Bochum entwickelt. Anhand eines Fragebogens können Beschäftigte die Führungsqualitäten ihres Vorgesetzten bewerten. Ist er fair? Können Probleme offen ange-

sprochen werden? Ist er bereit, neue Wege zu gehen? Ist er zuverlässig und sachlich? Vertraut er den Mitarbeitern? Lässt er ihnen eigene Handlungsspielräume?

Der Test soll helfen, Probleme mit mehr Selbstbewusstsein im Betrieb zum Thema machen zu können. Wer mitmacht, erhält auf Wunsch innerhalb weniger Tage per E-Mail eine Auswertung. Und er unterstützt ein Forschungsprojekt, in dem Testverfahren für Betriebe entwickelt werden. Damit sollen Chefs künftig besser aus Fehlern lernen können. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Der Online-Test und weitere Infos sind zu finden unter:

► www.testentwicklung.de

MITMACHEN WIR SUCHEN PRODUKTE FÜR DEN PRÜFSTAND

Ihr kennt ein Werkzeug oder ein Material, das es besser nicht an eurem Arbeitsplatz geben sollte? Ihr habt gute Erfahrungen mit Produkten des Arbeitsschutzes gemacht? Ihr wollt wissen, was die besten Ohrstöpsel oder Sicherheitsschuhe sind? Schreibt uns. Wir stellen Produkte und auch Internetseiten auf den Prüfstand. Per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de

ARBEITSMARKTPOLITIK MAL ANDERS

Sechs Jahre »beraten und vermittelt«

Als Gerhard Schröder und Peter Hartz im Sommer 2002 die Empfehlungen der »Hartz-Kommission« zur Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit vorstellten, erklärten sie eine Halbierung der Arbeitslosenzahlen für möglich. Und tatsächlich sinken die Arbeitslosenzahlen heute. Ist das endlich das Verdienst der »Hartz-Reformen« und der verbesserten Vermittlung?

Der Anstoß der Reform war damals: Die Vermittlungsleistung sollte verbessert werden. Doch tatsächlich hat die »modernisierte« Vermittlung kaum zu den günstigeren Arbeitsmarktdaten beigetragen. Auch sechs Jahre nach Hartz geschieht der größte Teil der jährlich knapp acht Millionen Neueinstellungen auf informellen Wegen – vorbei an der Arbeitsverwaltung. Laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wurden 2007 der Arbeitsverwaltung nur 38 Prozent der offenen Stellen gemeldet. 44 Prozent der Stellen wurden intern oder über persönliche Kontakte besetzt, nur zwölf Prozent durch die Arbeitsverwaltung und ihre Internetdienste, sowie vier Prozent über private Vermittler.

Die Befragung von Arbeitnehmern im sozio-oekonomischen Panel (SOEP) zeigt ein ähnliches Bild: Ganze neun Prozent haben über die Arbeitsagenturen oder über die Hartz IV-Job-Center eine neue Beschäftigung gefunden. Die Forschung liefert keine Hinweise darauf, dass sich die Vermittlung verbessert hätte.

In Wahrheit spielt die konkrete Vermittlung, das Zusammenführen von Arbeitssuchenden und Arbeitgebern, kaum noch eine Rolle. Ein Agentur-Vermittler ist im Schnitt für 270 Bewerber zuständig, erreicht aber nur eine Vermittlung im Monat. Hierfür gibt es drei wesentliche Gründe:

■ Nach dem neuen Organisationsmodell der Bundesagentur ist die Betreuung von Arbeitssuchenden und Arbeitgebern getrennt.

■ Der »virtuelle Arbeitsmarkt« der »modernisierten« Arbeitsverwaltung über Internet-Selbstinformationssysteme hält nicht, was er verspricht: Vermittlung lässt sich nicht automatisieren.

Zur Person: Peter Bartelheimer, Soziologe

Peter Bartelheimer arbeitet am Soziologischen Forschungsinstitut (Sofi) der Universität Göttingen. Er leitet das Projekt »Monitor Arbeitsmarktpolitik« (www.monapoli.de), das im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung und der Otto Brenner Stiftung die Ergebnisse der Arbeitsmarktforschung zu den Hartz-Arbeitsmarktreformen für eine breitere Öffentlichkeit zugänglich macht.



Foto: Martin Leissl

So »wirksam« sind die Hartz-Reformen

Vermittlung verschlechtert. Mehr statt weniger Hartz IV-Empfänger.

So viele Arbeitssuchende vermittelt ein Vermittler der Arbeitsagentur im Monat:

1
von 270 »Fällen«

So hat sich die Zahl der Hartz IV-Empfänger seit Januar 2005 entwickelt:

+16 %
»Hilfebedürftige«

Quelle: IAB, Bundesagentur für Arbeit

■ Nach dem neuen Leitbild »aktivierender Arbeitsmarktpolitik« ist es nicht mehr Aufgabe der Arbeitsverwaltung, Stellenangebote zu machen. Beratung wird immer mehr zur »Pädagogik«, die Erwerbslosen das »richtige« Suchen beibringen soll. Die meisten Arbeitssuchenden sind aber selbst motiviert und aktiv genug. Es fehlt ihnen vor allem an praktischer Unterstützung.

Der Hartz-Umbau hat vor allem eines bewirkt: Die Arbeitsverwaltung ähnelt immer mehr einem Flickenteppich. Die Arbeitsagenturen sind noch für ein Drittel der Arbeitslosen zuständig, die Hartz IV-Träger für die große Mehrzahl. Hinzu kommen weitere beauftragte Träger. Solche Doppelzuständigkeiten sind nicht qualitätsförderlich. Vor allem aber fehlt den verschiedenen Stellen ein einheitliches Leitbild guter Beratung und Vermittlung, das zum heutigen Arbeitsmarkt passt.

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) hat erklärt, er wolle die Arbeitsvermittlung zur leistungsfähigsten öffentlichen Institution der Welt machen. Zunächst müsste doch geklärt werden: Was muss eine moderne öffentliche Arbeitsverwaltung künftig leisten? Sie kann – im Unterschied zu privaten Arbeitsvermittlern und informellen Wegen – benachteiligten Arbeitssuchenden Wege in den Arbeitsmarkt ebnen und sie mit Arbeitgebern in Kontakt bringen.

Und sie sollte dazu beitragen, Niedriglohnjobs immer zu vermeiden. Bei der Erfüllung dieses sozialen Auftrags kann die deutsche Arbeitsmarktpolitik nur besser werden. ■

Mehr Infos auf der Internetseite »Monitor Arbeitsmarktpolitik«:

► www.monapoli.de

VON A BIS Z: DAS STICHWORT

Arbeit

»Wer Arbeit kennt und nach ihr rennt und sich nicht drückt, der ist verrückt«, frotzelt der Volksmund. Doch welche Arbeit meint er überhaupt? Körperliche oder geistige? Bezahlte oder unbezahlte? Hinter dem Wörtchen Arbeit steckt vielmehr, als es auf den ersten Blick scheint.

Wenn zwei Menschen von Arbeit sprechen, meinen sie nicht unbedingt dasselbe. Ist etwa einer der beiden Physiker, wird er Arbeit als »Kraft mal Weg« beschreiben. Betriebswirte unterscheiden zwischen der ausführenden und der planenden oder leitenden Arbeit. Das Finanzamt interessiert, ob es sich um selbstständige oder unselbstständige Arbeit handelt. Und die Volkswirtschaftslehre zählt Arbeit zu den drei Produktionsfaktoren, die für die Erzeugung von Waren und Dienstleistungen entscheidend sind.

Befragt man den Brockhaus, ist Arbeit »jede zielgerichtete, bedürfnisbefriedigende und planmäßige Tätigkeit, bei der geistige und/oder körperliche Kräfte eingesetzt werden«. Mit dem Wörtchen »zielgerichtet« wird der eine oder andere so seine Schwierigkeiten haben, wenn er etwa an die Anweisungen seines Chefs denkt. Und so mancher wird bei Arbeit eher an »Mühe« und »Plage«

denken als an »Bedürfnisbefriedigung«. Für viele hängt von der Arbeit allerdings nicht nur ihre finanzielle Lage, sondern auch ihr Ansehen ab. Sozialer Status und Stellung im Berufsleben sind meist eng miteinander verknüpft.

Das Altertum unterschied zwischen der körperlichen Arbeit, die von Sklaven verrichtet wurde, und der wissenschaftlichen und politischen Arbeit der freien Menschen. Im 18. Jahrhundert erklärten Philosophen Arbeit

zum Mittel der Selbstbewusstwerdung. Marx schuf den Begriff der »entfremdeten« Arbeit. Danach ist für den lohnabhängigen Menschen das primäre Ziel seiner Arbeit der Lohn und nicht das Ergebnis seiner Arbeit. In den 70er Jahren ging es schließlich um eine menschengerechte Arbeit. Angesichts steigender Belastungen wurden Forderungen nach einer »Humanisierung der Arbeit« laut. Eins gehörte aber zu jeder Zeit zur Arbeit: Muße. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Arbeit ist auch ein Menschenrecht

In der Menschenrechtserklärung haben die Vereinten Nationen auch das Recht auf Arbeit festgelegt. »Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit«, heißt es in Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Dazu gehört auch das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Das Recht auf Arbeit garantiert nicht einen Arbeitsplatz. Aber Arbeit muss die eigene soziale Sicherheit gewährleisten, und das Einkommen muss zum Leben reichen.

► www.unric.org

Weniger wert?

Berufstätige Frauen haben es in Deutschland schwerer als in den meisten anderen europäischen Ländern. Sie arbeiten häufiger in Mini- oder Teilzeitjobs. Frauen kommen selten in Führungspositionen, und sie verdienen viel weniger als Männer – oft bei gleicher Tätigkeit.

Die neueste Statistik der EU sagt, dass das Einkommen von Frauen in Deutschland im Durchschnitt um 22 Prozent niedriger ist als das von ihren männlichen Kollegen. Nur in der Slowakei, Estland und Zypern ist der Unterschied mit 24 und 25 Prozent noch größer. Einer der Gründe für die geringer Bezahlung: Eine Unterbrechung des Jobs wegen der Kinderbetreuung ist trotz Elterngeld immer noch meistens Frauensache. Väter nehmen – wenn überhaupt – meistens nur zwei Monate Elternzeit. Die Kinderpause ist für die Aufstiegschancen schlecht. Und das, obwohl die Frauen bei der Ausbildung längst gleichgezogen haben.

Nur Tarifverträge und gerechte Eingruppierungen können helfen, diese Ungerechtigkeit endlich verschwinden zu lassen. Die IG Metall setzt sich dafür ein.



DAS LETZTE

